

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion
und Verwaltung:

Dr. e. Kr. 5201

Direktor:
Sozialdemokratische Partei, Prag II.,
Pavlovskaya nám. 32.
Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

3. Jahrgang.

Freitag, 29. Juni 1923.

Nr. 149.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Aufstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einblendung der
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Die „neueste“ Sozialversicherung

Die Vorlage, die gestern dem Abgeordneten-
haufe unterbreitet wurde, bedeutet eine ganz
gewaltige Verschlechterung des Entwurfes,
den wir kurz zu besprechen in unserem Blatte
bereits Gelegenheit hatten. Wir haben leider
dem ersten Entwurf nicht viel Gutes nachzu-
sagen vermocht. Wir mußten vielmehr feststellen,
daß der Entwurf in seinem organisatorischen Auf-
bau allen Grundfäden, die von uns im alten
Österreich aufgestellt wurden, hohnsprüchlich und
daß er auch in bezug auf die materiellen Leistun-
gen nicht zu empfinden vermag. Wir haben es
gerügt, daß uns ein Entwurf zur Begutachtung
gegeben wird, dem die allerwichtigste Unter-
lage — der Motivenbericht — gefehlt hat. Auch
gegenwärtig — obwohl seither ein Zeitraum von
mehr als 4 Wochen verstrichen ist — bekommen
wir eine Vorlage, welcher der Motivenbericht
nicht angehängt ist.

Einer der wenigen Vorzüge des ersten Ent-
wurfes war im organisatorischen Aufbau die
Einheitskassa. Auch diese Bestimmung ist nun
gefallen und es wird im § 24 des Entwurfes
vorgesehen, daß die Versicherung für den Krank-
heitsfall durch Krankenversicherungsanstalten
durchgeführt wird. Aus diesen Krankenver-
sicherungsanstalten werden für den Bereich der
bereits politischen Behörde erster Instanz in
deren Sitz eine oder mehrere Bezirksversicherungs-
anstalten errichtet werden. Den Umfang der
persönlichen und sachlichen Kompetenz der Kran-
kenversicherungsanstalten wird ein besonderes
Gesetz regeln. Die Situation wird sich also für
den Fall, als diese Bestimmung belassen werden
sollte, so gestalten, daß alle bestehenden Kranken-
kassen auch im Rahmen der Sozialversicherung
ihre Tätigkeit ausüben werden. Was uns noch
das neue Gesetz nach der Richtung hin bescheitert
wird, ist schwer zu sagen. Jedenfalls ist die
Situation die, daß der Gedanke der Einheits-
kassa vollständig fallen gelassen wurde und daß
man den Wünschen der reaktionärsten Elemente
innerhalb der bürgerlichen Klasse nach Zer-
stückelung der Sozialversicherung Rechnung getragen
hat. Den Wirkungsbereich der Krankenkassen will
man also durch Schaffung der Gesundheits-
Bezirksstelle einengen und trotzdem werden die
Bestimmungen hinsichtlich der Einschränkung der
Autonomie dieser Institutionen, die in Wirklich-
keit nur ein Scheitern führen werden, auf-
rechterhalten.

Für das passive Wahlrecht war das
24. Lebensjahr festgesetzt, nun wird das
26. Lebensjahr zur Erlangung des passiven
Wahlrechtes bestimmt.

Für die Wahl des Ueberwachungsausschusses
haben bisher die Bestimmungen über die Wahl-
ordnung für die Generalversammlung und den
Vorstand der Bezirkssozialversicherungsstelle ge-
gessen. Nunmehr wird im § 50 bestimmt, daß
die Wahl des Ueberwachungsausschusses durch
ein eigenes Gesetz geregelt wird. Es leuchtet nicht
recht ein, warum für den Ueberwachungsausschuss
andere Bestimmungen Geltung haben sollen,
als für den Vorstand und die Generalversam-
mlung. Das Streben der bürgerlichen Parteien
war hierbei dahin gerichtet, diesem Ausschuss,
der sich zu vier Fünfteln aus Vertretern der Bür-
gerlichen zusammensetzt, eine überragende Stellung
einzuräumen, was durch das zu schaffende Ge-
setz zum Ausdruck gebracht werden soll. Darauf
deutet auch der Umstand hin, daß man z. B. im
§ 62 ausdrücklich festsetzt, daß die Angestell-
ten der Krankenkassen verpflichtet sind, dem
Ueberwachungsausschuss alle Aufklärungen zu
geben und Unterlagen beizubringen, die zur Aus-
übung ihrer Tates erforderlich sind; und im
Absatz 3 dieses § wird — um klar zum Ausdruck
zu bringen, welche Nachvollkommenheit man
dem Ueberwachungsausschuss hinsichtlich ein-
räumen will — bestimmt, daß der Ueberwachu-
ngsausschuss beschließen könne, daß die Beschlüsse
der Generalversammlung hinsichtlich des Erwerbes
und Verlustes von Liegenschaften als auch
Beschlüsse des Vorstandes über die An-
stellung von Beamten zurückzustellen sind, bis die
Zentralsozialversicherungsstelle entschieden haben
wird. Die Krankenkassa wird also nicht nur
unter dem Diktat des Direktors, sondern auch
unter jenem des Ueberwachungsausschusses
stehen.

Im alten Entwurf war vorgesehen, daß die
Zentralsozialversicherungsstelle aus dem Präsi-
denten, der durch den Minister für soziale Für-
sorge zu ernennen war, aus zwanzig gewählten
Vertretern der Arbeitnehmer, aus zwölf gewählten
Vertretern der Arbeitgeber und aus acht er-
nannten Vertretern aus der Gruppe der Fachleute
zu bestehen hat. Der Vorstand der Zentralsozial-
versicherungsstelle war nach dem alten Entwurf

so geplant, daß die Vertreter der Arbeitnehmer
aus ihrer Mitte fünf Vorstandsmitglieder zu wäh-
len hatten, die Vertreter der Arbeitgeber drei und
die Gruppe der Fachleute zwei Vertreter. Gemäß
§ 77 der neuen Vorlage gehören von den vierzig
Ausschussmitgliedern der neuen Zentralsozialver-
sicherungsstelle 10 Vertreter der Gruppe der Ver-
sicherten, 10 der Gruppe der Arbeitgeber u. 20 der
Gruppe der Fachleute an. Von den zwanzig der
Gruppe der Fachleute angehörenden Personen,
die ernannt werden, müssen zehn der Gruppe der
Arbeitgeber und zehn der Gruppe der Arbeit-
nehmer angehören. Der Vorstand setzt sich aus
drei Arbeitnehmern und drei Arbeitgebern zu-
sammen, die von den Vertretern der beiden Grup-
pen im Ausschusse zu wählen sind, und aus sechs
Fachleuten, von denen drei Arbeitnehmer und drei
Arbeitgeber sein müssen, die aber nicht aus freier
Wahl der Gruppe der Fachleute hervorgehen,
sondern die auch ernannt werden, das ist also
schon eine vollständige Aufhebung der Autonomie.
Wer sich die Mühe nimmt, und in den alten öster-
reichischen Vorlagen nachschlägt, wird sicher in
seiner einzigen Vorlage eine Institution vorge-
sehen finden, bei der uns eine derartige Zusam-
mensetzung in Aussicht gestellt worden wäre. Die
ernannten Vertreter haben in dieser Institution,
die eigentlich die ganzen Aufgaben der Sozialver-
sicherung zu führen hat, die überragende Majori-
tät. Man hält nur aus formellen Gründen die
Wahl eines Teiles der Vertreter in der Insti-
tution aufrecht.

Und nun zu den materiellen Leistungen:

Im § 95 war aus dem alten Krankenver-
sicherungsgesetz die Bestimmung übernommen,
daß die Krankenkassen verpflichtet sind, zu gewäh-
ren: 1. Hilfe im Krankheitsfalle. Nunmehr wird
festgesetzt, wir zitieren hier wörtlich „Hilfe in
einer nicht absichtlich herbeigeführten
Krankheit“. Man hat also eine Bestim-
mung, die schon im alten Krankenversicherung-
gesetz enthalten war, als zu weitgehend befunden.
Praktisch wird diese Bestimmung bedeuten, daß
man in jedem einzelnen Falle nachzuforschen ha-
ben wird, ob die Krankheit nicht absichtlich herbe-
geführt wurde. In wieviel Hunderten von Fäl-
len werden da Nationalisten die Absichtlichkeit einer
Erkrankung auch bei Lungentuberkulose zu kon-
statieren vermögen und wieviel mehr bei Rheu-
matismus, Bronchialkatarrh, Neurosen, von
Geschlechtskrankheiten überhaupt nicht zu reden,
bei denen die Absichtlichkeit von vornherein ge-
geben sein wird. Das kann nur dem Kopfe eines
ganz großen „Politikers“ entspringen sein.

Wir haben in unserer ersten Abhandlung
über den Entwurf festgesetzt, daß die Grund-
rente einheitlich mit sechshundert Kronen fest-
gesetzt ist. Der Entwurf, der uns zur Verfügung
gestanden ist, ist im letzten Moment abgeändert
worden und es wurde die Grundrente für die
Männer mit sechshundert, für die Frauen mit
vierhundertfünfzig Kronen festgesetzt, eine Maß-
nahme, die den schärfsten Protest aller hervorru-
fen mußte, die sich nur ein klein wenig mit So-
zialpolitik beschäftigen. Aus diesem Dilemma
hat man nun einen Ausweg dadurch gefunden,
daß man ganz einfach eine Einheitsrente festsetzt
hat. Man hat die mit sechshundert Kronen fest-
gesetzte Rente für Männer auf fünfhundert Kro-
nen reduziert, die nunmehr auch für die Frauen
gilt. Die Rente hat nach dem alten Entwurf
aus zwei Teilen bestanden: Aus der Grund-
rente, über die wir bereits gesprochen haben und
aus einer Steigerungsbetrag, der mit einem
Bierdel der eingezahlten Prämien festgesetzt war.
Nunmehr beträgt die Steigerung bloß ein Fünftel
der geleisteten Prämie. Der Staatsbeitrag
war bisher festgesetzt mit 400 K zur Invaliden-
und Altersrente, mit 200 K für die Witwenrente,
mit 80 K jährlich für die einfache Waisenrente
und mit 160 K jährlich für die Rente einer Topf-
pewaise. Dieser Staatsbeitrag wird nun erhöht
in den einzelnen Positionen auf K 500, 250, 200
und 100. Unterziehen wir nun, was der Rent-
ner aus Grund der neuen Bestimmung erhalten
wird. Bisher hat der Rentner nach zwanzig Jah-
ren Anspruch gehabt, in der ersten Lohnklasse auf
2140 Kronen, er wird künftig 1912 K erhalten;
in der zweiten Lohnklasse bisher 2560 K, nach
der neuen Vorlage 2248 K; in der dritten Klasse
früher 3000 K, jetzt 2664 K, in der vierten Klasse
3600 K, jetzt 3080 K. Bei Frauen gestaltet sich
nun das Verhältnis folgendermaßen: Sie haben
nach 20 Jahren Anspruch gehabt; in der ersten
Lohnklasse auf 1992 K, jetzt auf 1912 K, in der
zweiten früher auf 2410 K, jetzt auf 2248 K, in
der dritten auf 2930 K gegenwärtig auf 2664 K,
und in der vierten nach der alten Vorlage auf
3450 K, nach der neuen auf 3080 K. Wie man
sieht, mußten beide Geschlechter den Ausgleich sehr
teuer bezahlen.

Die Zuerkennung der Witwenrente war ge-
bunden an die Invalidität der Witwe. Eine
einmal zuerkannte Rente konnte aber nicht ab-
erkannt werden. Nunmehr wird im § 114 festge-
setzt, daß diese Rente nur für die Dauer der In-
validität bezogen werden kann.

Die Beiträge für die Krankenversicherung
werden von sechs auf vier Prozent in der Höchst-
grenze herabgesetzt. Die Leistungen der Kranken-
versicherung werden aber gnädigst belassen. Man
weiß sehr wohl, daß bei der Restringierung der
Beiträge die Aufrechterhaltung der Leistungen
nicht möglich sein wird. Man hat aber nicht den
Mut, das einzugehen. Man legt uns einen
Entwurf vor, in welchem die Beitragssatzfest-
setzung, wie selbst einbekannt wird, nicht vorge-
nommen werden kann. Man anerkennt, daß es unmöglich
sei, den Beitrag von 440 K bis 10 K, der in
der alten Vorlage vorgesehen war, aufrecht zu er-
halten. Man hat aber noch nicht die Möglichkeit
gehabt, versicherungsmathematisch zu errechnen,
welche Beiträge für die restringierten Leistungen
notwendig sein werden, und man hilft sich ganz
einfach damit, daß man auch hier erklärt, daß die
Regelung durch ein eigenes Gesetz erfolgen werde.

Dem Ministerium für soziale Fürsorge hat
man in der nunmehrigen neuen Fassung eine
Athenbrödelrolle zugewiesen. Alle Ernennun-
gen, die früher dem Minister für soziale Fürsorge

vorbehalten waren, erfolgen jetzt durch die Re-
gierung.

Wir haben in knappen Zügen aufgezeigt,
welche Veränderungen in dieser Vorlage gegen-
über dem ursprünglichen Entwurf vorgenommen
wurden. Die Vorlage wird in ihrer gegenwärtigen
Gestaltung unmöglich Gesetz werden können.
Sie würde den vollkommensten Verfall der So-
zialversicherung zur Folge haben.

Ganz besonders muß aber noch hervorgehoben
werden, daß die Versicherungsmathematiker und
Politiker der Tschechoslowakei wahre Künstler
sind. Sie sehen einmal die Grundrente mit sechs-
hundert Kronen, das nächstmal mit fünfhundert
Kronen fest. Sie bestimmen einmal als Steige-
rungsbetrag ein Bierdel, das nächstmal ein
Fünftel der Prämie. Sie sehen für die Kranken-
versicherung sechs Prozent als Beitragssatz,
das nächstmal fünf Prozent fest. Und alle diese
Veränderungen werden innerhalb weniger Minu-
ten durchgeführt. Im alten Österreich hat man
über jedes zehnte Prozent der Erhöhung oder Er-
mäßigung Berechnungen angestellt. In der Tsch-
choslowakei ist das nicht notwendig. Der Kram
besieht nur das Recht, die anderen geordnet. So wird
in der Tschechoslowakei ein Gesetz geschaffen, auf das
die arbeitenden Stände dieses Staates seit Jahren
schneidend warten.

Die Betriebsausschüsse der Banken abgewürgt.

Ein Fehlurteil des Obersten Verwaltungsgerichtes.

Das Oberste Verwaltungsgericht hat gestern
seine Entscheidung über die Beschwerde zweier
Großbanken gefällt, die, dem Ausspruch der
Schiedskommission entgegen, in ihren Unterneh-
mungen keine Betriebsausschüsse gelten lassen
wollen. Die Verhandlung hatte bereits am 27.
März stattgefunden, zur Ausarbeitung des Ur-
teils bedurfte also das Oberste Verwaltungsgeri-
cht eines vollen Vierteljahres. Das begreift
man, wenn man die Entscheidung und ihre Be-
gründung liest, denn eine so kunstreiche „Inter-
pretation“ eines Gesetzes braucht Zeit und Mühe,
auf dem hohen Seil der Wortakrobatik zu tanzen,
erleutert sich nicht von heute auf morgen.

Der Bankenverband hat die bei Ausbruch
der Bankenkrise im Spätherbst des Vorjahres von
den einzelnen Banken erhobene Forderung auf
Errichtung von Betriebsausschüssen unter Hin-
weis auf Paragraph 1 des Gesetzes abgelehnt.
Der Streit beschäftigte zunächst die Prager
Schiedskommission, die im Streit der Union-
bank und Industrialbank einstimmig zu-
gunsten der Angestellten entschied. Gegen dieses
Erkenntnis legten beide Banken beim Obersten
Verwaltungsgerichte Berufung ein. Gestern
wurde nun die Entscheidung des Ober-
sten Verwaltungsgerichtes verlaut-
bart, in welcher

das angefochtene Erkenntnis der Prager Schieds-
kommission als ungesetzlich aufgehoben
wurde.

Aus der Begründung sei folgendes her-
vergehoben:

Bei Ueberprüfung des Tatbestandes handelt es
sich um die Erklärung der Worte „seit Beginn der
Erzeugung“ im Texte des Gesetzes, die sich gemäß
§ 6 des V. G. G. aus der eigentlichen Bedeu-
tung der Worte in ihrem Zusammen-
hange und aus der klaren Absicht des
Gesetzgebers ergibt. Dabei seien nur diese
Umstände maßgebend und keineswegs die Ausfüh-
rungen einzelner Faktoren im Verlaufe der Par-
lamentsverhandlung, denn eine Interpretation des
Gesetzes sei nur aus dem angenommenen Texte
möglich. Bei einer Interpretation könne nicht
zuverlässig festgestellt werden, ob und welche Zel-
lungnahme die Parlamentsmehrheit zu derartigen
Ausführungen bei ihrem Beschluß und auch der
Präsident der Republik (!) hierzu eingenommen hat,
der gleichfalls in gewissem Sinne (§ 47 der Ver-
fassungsurkunde) an der Gesetzgebung beteiligt ist.

Das V. G. G. gibt zwar zu, daß nicht recht
einzuwenden ist, warum in legislativer Hinsicht
zwischen erzeugenden und nichterzeugenden Betrieben
ein Unterschied gemacht wird. Da das Gericht
aber nur das Gesetz erklären und keineswegs ab-
ändern oder verbessern darf, war es genötigt, die
Durchführungsverordnung, die im § 1 vom „Be-
ginn der Erzeugung oder des Betriebes“
spricht, in diesem Punkte als ungültig zu er-
klären und die angefochtene Entscheidung der Pra-
ger Schiedskommission als ungesetzlich aufzu-
heben.

Wie es recht und billig ist, will sich also
das Verwaltungsgericht, seinen einseitigen Wor-
ten nach, nicht darauf beschränken, den Wortlaut

des Gesetzes mechanisch auf den zur Entscheidung
vorliegenden Fall anzuwenden, sondern es be-
trauert es als keine eigentliche Aufgabe, den
„Intentionen“ des Gesetzgebers nachzu-
gehen, d. h. den Absichten, die ihn veranlaß-
ten, an eine bestimmte Stelle des Gesetzes ein be-
stimmtes Wort zu setzen. Ist demnach ein Aus-
druck des Gesetzes ungenau oder vielleicht gar das
Ergebnis schlechterer eifriger Arbeit, wie sie in
unserer parlamentarischen Gesetzgebung durch-
aus nicht ausgeschlossen ist, so hat der Richter
nicht nur das Recht, sondern sogar die unbedingte
Pflicht, festzustellen, was der Gesetzgeber mit dem
ungenauen Ausdruck hat sagen wollen.

In diesem trefflichen Urteil, den das Ver-
waltungsgericht seinen Ausführungen voraussetzt,
reißt die Entscheidung selbst wie die Faust aufs
Auge. Denn sie schwört mit einer Inbrunn-
lichkeit, die sich nur für den Richter dem infalliblen
Fakt gegenüber ziemt, auf den Wortlaut des
Gesetzes und vermeidet es sorgsam, den ge-
setzgeberischen Gründen nachzugehen,
die zu diesem Wortlaut geführt haben. Dem
Gericht genügt es, daß im Gesetz steht: „Die Be-
triebsausschüsse sind ein halbes Jahr nach
Beginn der Erzeugung (výroba) zu errichten“,
um daraus zu folgern, daß in Betrieben, in denen
nichts „erzeugt“ wird — und zu diesen gehören
eben die Banken — auch keine Betriebsräte zu
errichten seien. Deshalb die Betriebsräte
auf erzeugende Betriebe beschränkt sein sol-
len, sagt das Gesetz nicht, es ist auch keinerlei
erzähliger Grund dafür vorhanden, sondern
der Ausdruck „výroba“ ist einfach ein schlaunig
hingeschobenes Wort, das nichts anderes lauten
soll als „nach Beginn des Betriebes“.

Das Verwaltungsgericht, dem seiner entle-
tenden Vettern nach die „Intentionen“ bei
Schaffung der einzelnen Bestimmungen das
Wichtigste sind, hat sich über diese Intentionen so
wenig den Kopf zerbrochen, daß es um nicht zu
überbietendem Freimut bekant: „Es ist nicht
leicht, den legislativen Grund für die
verschiedene Behandlung von Produktions- und
Nichtproduktionsbetrieben in bezug auf die Er-
richtung von Betriebsausschüssen einzusehen.“ Da
aber für jeden, der sprachlich genau denken kann,
„Intention“ und „legislativer Grund“ ein und
daselbe sind und einander so gleichen wie ein Ei
dem anderen, gibt das Gericht selber zu, daß der
„Intention“ des Gesetzgebers nach kein Unter-
schied zwischen erzeugenden und nichterzeugenden
Betrieben bestehen soll und daß das
Wort „výroba“ ohne Uebersetzung der
darans möglichen Konsequenzen vorzeitig
gewählt worden ist. Der Gesetzgeber hat
nach der Meinung des Gerichtes nichts Be-
stimmtes gedacht, aber diese seine Gedankenlosig-
keit wird vom Obersten Verwaltungsgericht allen
Erstes zur entscheidenden Voraussetzung eines
Urteiles von weitestreichender Bedeutung gemacht!

Wie sehr das Urteil schlagreift, geht ferner
aus der Erwägung hervor, daß das Gesetz, wenn
es nur eine gewisse Art von Betrieben mit Kä-
ten hätte ausstatten wollen, diese gleich zu Be-
ginn hätte aufzählen und genau charakterisieren

müssen. Aus einer Bestimmung, die wie der Paragraph 6 den Beginn der Funktionsdauer der Räte festlegt, den Umfang der von Gesetzen gestrichenen Beträge ableiten zu wollen, widerspricht offenbar der Absicht des Gesetzes, das Urteil unterliegt einer zufälligen und willkürlichen Bemerkung, deren Platz im Gesetz schon ihre unwesentliche Bedeutung erweist, grundsätzlichen Wert.

Geizig würde ein Gericht, wie das Verwaltungsgericht einschuldige bemerkt, „seine Aufgabe und Kompetenz überschreiten, wollte es das Gesetz ändern oder verbessern.“ Aber dafür haben wir aus denkenden Männern zusammengesetzte Gerichte und nicht Entscheidungsmaschinen, damit sie den toten Paragraphen interpretieren und beleben! Der Sinn entscheidet, nicht der Buchstabe, und wer sollte für den gewollten Sinn einer Bestimmung ein besserer Gewährsmann sein als der Referent der entscheidenden Körperschaft? Nun, der Abgeordnete Tayerle, der am 11. August 1921 über das Gesetz im Parlament referierte, hat ausdrücklich auch von „Geldinstituten“ gesprochen, niemand im Hause hat dagegen oppo-

niert, die Intention des Gesetzgebers, eben des Parlamentes, liegt also sonnenklar zutage. Man muß es geradeheraus als unzulässiges Jonglieren mit Worten bezeichnen, wenn die Urteilsbegründung zuerst die Intentionen des Gesetzgebers zum Leitfaden zu nehmen verspricht und eine Weile später erklärt, die Reden im Parlament, dieser janzbar gewordene Ausdruck der „Intentionen des Gesetzgebers“, gingen den Gerichtshof nichts an. Es ist kein gutes Zeichen für die Rechtspflege eines Staates, wenn sie den „Trot“ einiger gerissener Klupfflechter des Kapitals willig aufnimmt und dem Wort zum Siege verhilt über dem Geist in einem Urteil, das in seinen weiteren Konsequenzen eine demokratische Erregungsbewegung der Revolution abzuwürgen geeignet ist. Auch die obersten Wähler des Reiches sind nicht mehr stark genug, sich den schrankenlosen Wünschen der Reaktion zu widersetzen, ja sie geben sich unter Anwendung all ihres juristischen Scharfsinns zu deren Vollzugsorgan her, aber eben noch an der staatsmännlichen Gewandtheit der Rechtspflege im bürgerlichen Staate gelehrt werden.

Der letzte Tag der Session.

Eine Arbeitssitzung des Abgeordnetenhauses.

Prag, 28. Juni. Nach längerer Zeit gab es heute im Rudolfsinum wieder eine Arbeitssitzung von längerer Dauer. Es war die letzte Sitzung dieser verpateten Frühjahrsession überhaupt, denn wenn die Session auch formell nicht geschlossen wird, so kann man doch die gestrige Sitzung als den Abschluß dieser Tagung ansehen. Wie bei jedem Sessionsschluß, gab es auch heute wieder großes „Reinmachen“. Eine ganze Reihe von Gesetzesvorlagen wurden vom Hause verabschiedet.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete das sogenannte

Kriegsbeschädigtengesetz

d. h. das Gesetz, durch welches die Anmeldefrist zum Bezuge der Kriegsbeschädigtenrenten verlängert wird. Es handelt sich hier in erster Reihe um 35.000 Witwen und Waisen nach Kriegsbeschädigten, welche teilweise aus Unkenntnis des Gesetzes, teilweise durch Schuld der Ämter es verabsäumten, sich zur rechten Zeit zum Bezuge der Kriegsbeschädigtenrenten anzumelden. Nach den Berichterstatern sprach

Abg. Genosse Uhl:

Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht nicht, denn die im Gesetze vorgesehene Anmeldefrist ist wieder viel zu kurz. Wir beantragen daher, und zwar mit Rücksicht darauf, daß das heutige Jahr zur Hälfte abgelaufen ist und daß die in Aussicht genommene Frist mit Ende dieses Jahres endet, die Frist bis zum 30. Juni 1924 zu verlängern. Am 20. Februar 1920 wurden die Bezüge der Kriegsoffizierswitwen, im Januar 1922 wurden sie neu geregelt und ergänzt. Das Gesetz und die Novelle sind jedoch bis heute nicht restlos durchgeführt. Wir müssen schon fragen: Was nützen Gesetze, wenn sie nicht durchgeführt werden? Es ist verständlich und begreiflich, wenn die Kriegsoffizier selbst zu öffentlichen Aufzügen schreiten müssen, wenn sie um ihre vorenthaltenen Rechte demonstrieren müssen. Mit dem Gesetze vom 15. April 1919 wurden eigene Ämter zur Durchführung der Fürsorge für Invalide und Kriegsbeschädigte geschaffen. Die Tätigkeit dieser Fürsorgeämter fordert zur allerhöchsten Kritik heraus. Es wurden ohne Unterlaß bei den verschiedensten Anlässen die Mängel und Unterlassungen dieser Ämter gerügt. Wir müssen sagen, bis heute scheinbar ohne jeden Erfolg, denn es ist eine Besserung nicht zu bemerken. So herrscht eine besonders große Schlampe in den Invalidenämtern in Prag. Die Ansuchen liegen dort jahrelang unerledigt. Etwas Urgeiz, die eine Erledigung erreichen wollen, und vollständig zwecklos. Reimennachzahlungen werden überhaupt nicht durchgeführt. Im Prager Invalidenamt herrschen Zustände, die latentsächlich zum Himmel schreien. Die Tätigkeit der Landes-Invalidenämter fordert auch zur Kritik heraus. Die Entscheidungen, die dort gefällt werden, sind nicht einwandfrei, sie sind spärlich und in den meisten Fällen rechtlich nicht begründet. Ein Beweis dafür ist wohl der, daß jede dritte der angefochtenen Entscheidungen dieser Ämter aufgehoben wird. Die Resolution des sozialpolitischen Ausschusses vom 16. Dezember 1921, die in einer Aufforderung an die Regierung gipfelt, die in staatlichen Diensten stehenden Kriegsbeschädigten bei der Restrukturierung des Beamtenstandes nicht zu entlassen und in andere Ressorts zu versetzen, wurde nicht eingehalten. Bei der Behandlung der Novelle 1922 haben die Regierungsvorläufer versprochen, den neuen Entwurf einzubringen. Wir warten bis heute auf diesen Entwurf und es ist auch in diesem Fall wieder nur beim Versprechen geblieben. Ein moderner, zweckmäßiger Entwurf ist dringend notwendig. Wir wünschen, daß die beschämenden Zustände, die auf dem Gebiete der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Juvenalen eingerissen sind, aus der Welt geschafft werden. Sorgen Sie besser für die unschuldigen Opfer des Weltkrieges und des menschenmordenden Militarismus! Lassen Sie die Äuße der Kriegsoffizier nicht unerhört verhalten! (Lebhafter Beifall.)

Nachdem noch Abg. Mazel (Kommunist) die Vorlage einer Kritik unterzogen hatte und die Berichterstatter ihr Schlusswort gesprochen hatten, wurde zur Abstimmung geschritten. Die „Rechts“ funktionierte in gewohnter Weise zur Zufriedenheit sämtlicher Koalitionspartner und lehnte selbstverständlich den Resolutionsantrag der Abg. Genossen Uhl und Sadenberg ab. Sodann wurde die Vorlage unverändert angenommen.

Das Haus schritt zur Behandlung des nächsten Punktes der Tagesordnung, dem

Krankentaggengesetz

durch welches die Wirksamkeit einiger Rechtsvorschriften auf dem Gebiete der Krankenversicherung der Arbeiter verlängert wird. Das bisherige Gesetz verliert am 30. Juni seine Wirksamkeit und es ist daher seine Verlängerung nötig, bis zu der Zeit, da das große Werk der Sozialversicherung Gesetz geworden sein wird.

Abg. Genosse Sadenberg

warnet zunächst vor einer Verschleppung der Sozialversicherungsvorlage, die eine jahrzehntelange Forderung des arbeitenden Volkes darstellt und sagt dann u. a.:

Im Jahre 1920 wurde dieses Gesetz, welches wir heute verlängern wollen, beschlossen und dem § 7 dieses Gesetzes wurde eine andere Fassung gegeben als dem § 7 des 1917er Gesetzes. Was wurde im § 7 geändert? In den elf Lohnklassen des Gesetzes vom Jahre 1917 wurden noch zwei weitere Lohnklassen hinzugeschaffen, die Zahl der Klassen also auf 13 erhöht, damit der Lohn, beziehungsweise das Krankengeld der Arbeiter an den Lohn angepaßt werde, damit die Spannung zwischen Mindest- und Höchstlohn nicht so groß sei, wie es bei den elf Lohnklassen der Fall war. Außerdem wurde bestimmt, daß noch zwei Sonderklassen eingeführt werden, damit die Anpassung an den Lohn eine bessere werde, als es bei den Zwangsklassen möglich ist. Es waren also Verbesserungen des Gesetzes beabsichtigt, die auch im Hause beschlossen wurden. Nun war sowohl im Gesetze vom Jahre 1888 als auch im Gesetze vom Jahre 1917 und in der Regierungsvorlage, die wir hier im Jahre 1920 gehabt haben, die Bestimmung, daß der Taglohn oder Wochenlohn, mit einem Worte als der Zeilohn, maßgebend ist. Im Gesetze vom Jahre 1917 und auch in der Regierungsvorlage des Gesetzes vom Jahre 1920 war ausdrücklich erwähnt, daß für die Einreihung in die Lohnklassen der Verdienst maßgebend ist und daß der Tagesverdienst zu berücksichtigen sei, bezw. der Wochenverdienst durch sechs zu dividieren sei, um den Tagesverdienst festzustellen, auf Grund dessen die Einreihung in Lohnklassen zu erfolgen habe. Es war also im Gesetz und nach dem Gesetze die Praxis, daß die Einreihung in die Lohnklassen entweder auf Grund des tatsächlichen Tagesverdienstes zu erfolgen habe und daß, wo Wochenverdienst ist, derselbe durch sechs zu teilen sei und wo Monatsverdienst ist, derselbe durch 25 zu teilen sei, um den Tagesverdienst festzustellen. Das war klar und unabweislich schon in der Tabelle des Gesetzes vom Jahre 1917 enthalten. Wenn die Regierungsvorlage vom Jahre 1920 diese Tabelle ausgelassen hat und an deren Stelle den Schlusssatz wählte, es sei der Wochenverdienst durch sechs, der Monatsverdienst durch 30 zu teilen, um den Tagesverdienst, der für die Einreihung in Lohnklassen maßgebend ist, festzustellen, so wollte die Regierung durch diesen Schlusssatz die Tabelle vermeiden, nichts weiter. Sie wollte aber nichts verjähern. Nun kam diese Regierungsvorlage in den sozialpolitischen Ausschuss. Dort wurde eine Änderung dieses Schlusssatzes des § 7 vorgenommen, dahingehend, daß für die Beitragsberechnung der Wochenverdienst als siebenfaches des Tagesverdienstes und der Monatsverdienst als Dreißigsfaches des Tagesverdienstes zu berücksichtigen sei. Die Antragsteller hatten die Absicht, durch diesen Antrag und durch diesen Schlusssatz herbeizuführen, daß gesetzlich festgesetzt werde, daß die Beiträge für Kalendertage einzubezahlen sind und keineswegs für Arbeitstage. Nun hat der Verwaltungsgerichtshof in vollständiger Verkennung der Tatsachen und ohne Berücksichtigung des Werdeganges, ohne zu berücksichtigen,

wie das Gesetz bisher seit 30 Jahren praktiziert wurde, welche Umstände zur Änderung des Schlusssatzes des § 7 geführt haben, welche Absichten vorlagen, entschieden, daß der Wochenverdienst, bezw. der Tagesverdienst eines Arbeiters mit sechs zu multiplizieren und dann durch sieben zu dividieren sei. Das sei der Tagesverdienst, der zur Grundlage für die Einreihung zur Lohnklasse zu dienen hat. Daß dadurch eine kolossale Anzahl, tausende und abertausende von Arbeiterfamilien, auf das Schwerste geschädigt wurden, darum haben sich die Herren nicht gekümmert.

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich vor einigen Tagen abermals mit derselben Frage, anlässlich einer Beschwerde der Bezirkskassenkasse in Tepliz, beschäftigt. Es hat sich dabei um die Einreihung von Kurzarbeitern gehandelt, von Arbeitern, die infolge der Krise auszusparen gezwungen sind. Da hat der Verwaltungsgerichtshof erkannt, daß für sie die frühere Entscheidung, die früheren Erkenntnisse zu gelten haben. Auch bei den Kurzarbeitern wird ihr Verdienst nicht mit der Zahl der Arbeitstage multipliziert, sondern mit der Zahl der Wochentage und durch 7 dividiert. Wenn also ein Arbeiter zwei Tage in der Woche beschäftigt ist, wird dieser Verdienst als Wochenlohn angenommen, durch 7 dividiert und auf Grund dieses so ermittelten Tagesverdienstes die Einreihung in die Lohnklasse vorgenommen.

Deshalb ersuche ich Sie, im Interesse der kranken Arbeiter für den von uns gestellten Änderungsantrag zu stimmen, der dahin geht, daß für die Einreihung in die Lohnklassen der wirkliche Tageslohn maßgebend sein soll, daß der Wochenverdienst zu dividieren ist durch sechs, der Monatsverdienst durch 25, damit die Arbeiter das Krankengeld bekommen, auf das sie auf Grund gesetzlicher Bestimmungen bisher zu rechnen hatten. Eine Schädigung der allerärmsten der Arbeiter, die durch die Krise arg in Laideidenschaft gezogen wurden, deren Elend vergrößert wird durch die Krankheit, wäre die Folge dessen, wenn Sie unseren Antrag ablehnen würden. (Lebhafter Beifall.)

Dann betrat der Sprecher der deutschen Agrarier Abg. Schubert die Rednertribüne, um ein Klagebild über die „einzig Leidtragenden, die landwirtschaftlichen Kreise“ zu zeichnen. Aus den bisherigen Erfahrungen mit den bereits bestehenden landwirtschaftlichen Klassen könne man erkennen, in welcher unglücklicher Weise sich diese einwickeln hätten. Im Krankentaggengesetz sei, sagte der Redner, eine gesunde Scheidung notwendig. Nach wie vor lehnen die Agrarier einseitliche Bezirksversicherungsanstalten ab. Mit der Proklamierung der „schuldigen Rücksicht für die Interessen der schwerbedrängten Landwirtschaft“ schloß der gutmütig lächelnde Schubert.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wurden von der Mehrheit alle Änderungsanträge abgelehnt und die Vorlage unverändert angenommen. Das Haus schritt zur Behandlung des Gesetzes über die Errichtung eines Fonds für

Schäden bei Elementarereignissen.

Dieser Fond trägt einen sehr zweifelhaften Charakter und es zeichnet sich auch das Gesetz, durch welches dieser Fond geschaffen wird, durch seine Kürze aus. Es wird nämlich durch diese Vorlage der Anschein erweckt, als ob die Regierung zur sicher wichtigen Frage über die Ersatzleistung für Elementarschäden endlich Stellung nehmen würde. Es ist dies aber durchaus nicht der Fall. In Wirklichkeit ist in diesem Gesetze nichts Bindendes enthalten und nach den Erfahrungen, die man mit dem Gesetz zur Entschädigung der Viechschäden gemacht hat, ist es überhaupt zu bezweifeln, ob es zur Schaffung des Fonds kommen wird. Es ist wahrscheinlich, daß zum Schlusse der Finanzminister, wie in allen anderen Fällen, erklären wird, er habe keine Mittel zur Verfügung. Erinnern wir uns nur der Vorgänge bei der Behandlung des Viehschädengesetzes. Es sollten 45 Millionen vom Finanzminister zur Verfügung gestellt werden, dieser erklärte jedoch, keine Mittel zur Verfügung zu haben. Es war merkwürdig, daß die Herren Großagrarier und Großbauern ohne Unterschied der Nationalität ihren bekannten Einfluß bei der Regierung nicht geltend machten, und zwar aus folgenden Gründen: Nachdem ein Fond von 45 Millionen, der damals vorgesehen war, nicht genügt, um auch nur halbwegs eine angemessene Entschädigung bei Viechverlusten zu gewährleisten, war es den Vertretern der kleinen Landwirte gelungen, Begünstigungen für die landwirtschaftlichen Schwächeren in die Vorlage aufzunehmen. Es sollten jedem Besitzer ohne Rücksicht auf die Größe des Viehstandes zwei Rinder entschädigt werden. Das wäre gerecht gewesen; der Staat ist verpflichtet, den wirtschaftlich Schwächeren zu stützen. Aber die Großagrarier sind noch aus dem alten Oesterreich gelehrt, eventuelle Subventionen nur für sich allein zu beanspruchen, wie es tatjächlich in der aufreizensten Weise der Fall war und wegen ihrer Stellung genommen haben. Dieser Fond bildete damals sozusagen den Wahlfond für die Agrarier überhaupt. Wir fürchten nur zu sehr, daß die Agrarier ihre alte Gewohnheit noch nicht abgelegt haben und daß auch der zu schaffende Fond von 50 Millionen zur Entschädigung bei Viehschäden verwendet wird.

Nach den Berichterstattern sprach der Redner unserer Partei

Abg. Genosse Leibl

der unter anderem ausführte: Bei der Schaffung eines solchen Gesetzes müssen mit Rücksicht auf die beschränkten Mittel

vor allem die kleinen Landwirte in Betracht kommen. Der kleine Landwirt mit seinen wenigen Parzellen kann durch ein Elementarereignis vollständig an den Vettelstab gebracht werden. Soll also ein Gesetz zur Entschädigung bei Elementarereignissen geschaffen werden, muß unter allen Umständen und im Interesse des Staates selbst auf die wirtschaftlich Schwächeren besondere Rücksicht genommen werden. Die bisherigen Entschädigungen durch Feuerabschreibungen haben keine Wirkung. In der Regel werden nur von der direkten Steuer Nachlässe gewährt, damit ist aber dem kleinen und mittleren Landwirten nicht geholfen.

Gefährlich für den kleinen Landwirt ist eine Lücke in den Futtermitteln. Da könnte die Regierung bei gutem Willen viel Gutes veranlassen. In erster Linie: Herabsetzung der Bahnfrachten für Futtermittel, Anlauf von Futtermitteln und Streumitteln aus dem Ausland und Abgabe an diejenigen Landwirte, deren Existenz bedroht ist. Die kleinen Landwirte haben ihre Grundstücke fast durchwegs in der schlechtesten Lage, denn was dem Großgrundbesitzer zu schlecht war, das hat er dem kleinen Landwirt und Pächter überlassen. Da ist natürlich jedes trodene Jahr eine Katastrophe. Bis jetzt ist man derart in Mitleidenschaft gezogenen Landwirten kaum mit den geringsten Mitteln zu Hilfe gekommen. Alle bisherigen Maßnahmen hatten einen agrarischen Einschlag, ja man hat die kleinen Bauern mit Abgaben verhältnismäßig schwerer belastet als die Großgrundbesitzer. Der Bäuerler muß für seine schlechte Parzelle im Vergleich mehr Umsatzsteuer zahlen als der Großgrundbesitzer, obwohl seine Produkte nicht einmal zur Ernährung der Familie ausreichen. Es wurde Bäuerlern und kleinen Landwirten Vermögensabgaben vorgeschrieben, die in keinem Verhältnis zu ihrem Besitz stehen.

Wir werden trotz unserer Bedenken für die Vorlage stimmen, erwarten jedoch, daß unserem gerechten Verlangen entsprochen werde, daß den kleinen Landwirten bei diesem Gesetz eine gerechte Entschädigung zuteil werde. (Lebhafter Beifall.)

Wohin die Agrarier ohne Unterschied der Nationalität zielen, ging aus den zwei folgenden Reden hervor: Der tschechisch-nationaldemokratische Agrarier Abg. Pergmann erklärte, daß die Regierung alles tun müsse, um die landwirtschaftliche Krise zu beheben. Wenn dem nicht so wäre, so wäre es allerdings unmöglich, von den Landwirten zu wollen, sie mögen sich mit Reformen und Einrichtungen, die zugunsten anderer arbeitender Klassen getroffen werden, veröhnen. Das ebenbürtige Gegenstück zu dieser Rede bildeten die Ausführungen des Abg. Bierhut, des Führers der deutschen Landbündler, der erklärte, daß die vorliegende Gesetzesvorlage den Anfang einer Änderung unserer gesamten Politik bedeuten soll! Man kann sich nach diesen Reden noch deutlicher als bisher vorstellen, wie weittragend die Pläne der Agrarier geworden sind. Nach den Schlussworten der Berichterstatter wurde die Vorlage angenommen.

Das Haus behandelte den ergänzenden Kredit zur Unterstützung der Arbeitslosen. Nach dem Berichterstatter Abg. Tayerle sprach Abg. Genosse Roscher, dessen Ausführungen wir an anderer Stelle bringen.

Nach diesem spricht Abg. Tenzil, der in dem Umstand, daß das Ministerium für soziale Fürsorge das Parlament jedes Jahr mit der Arbeitslosenfrage beschäftigt, politische Motive erblickt.

Abg. Schälgh (d. Christl.) hält es für notwendig, daß alle unschuldigen Opfer der Wirtschaftskrise einer ausreichenden Fürsorge teilhaftig werden. Leider gelangen die diesbezüglichen Gesetzesanträge nicht zur Verhandlung und auch heute hat die Koalition gebundene Marschroute.

Abg. Amelsky (tschech. Nationaldem.) befaßt sich mit der Frage, wann man schon an die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung schreiben könnte. Die Nationaldemokraten haben es, wie man sieht, eifrig.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wurde die Vorlage unverändert angenommen und der Änderungsantrag des Abg. Genossen Pohl abgelehnt.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist den Gesetze über die vorläufige Regelung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland sprach u. a.

Abg. Genosse Fischer.

Er sagt, daß die Art der Behandlung dieser Vorlage im Widerspruch steht damit, was im Motivenberichte gesagt wird. Wir haben über den Fortgang von Handelsvertragsverhandlungen weder Mitteilungen erhalten, noch erfahren können, daß die Regierung es mit dem im Motivenbericht Gesagten ernst meint. Das Verlangen der Vorlage steht im klaren Widerspruch zum Wortlaute des bisherigen Ermächtigungsgesetzes, welcher die Regierung verpflichtet, abgeschlossene Handelsverträge, logischer der Nationalversammlung zu unterbreiten. Schon daraus ist die Leichtfertigkeit, mit welcher die Regierung unsere Wirtschaftspolitik behandelt, zu erkennen. Wenn die Wirtschaftskrise bei uns behoben werden soll, dann ist es dringend notwendig, daß wir Handelsverträge mit jenen Ländern schließen, auf die wir vor allem handelspolitisch angewiesen sind und mit denen wir auf Gebieten und Verberben wirtschaftlich verbunden sind. Wir aber richten uns nicht nach den wirklichen Bedürfnissen dieses Landes, sondern nach dem Willen der Entente und machen

Handelspolitik zum Schaden unserer Staats, wodurch die Wirtschaftskrise bei uns nur verschärft wird. Wir können es nicht weiter zugeben, daß der Abschluß von Handelsverträgen und damit auch die Verfügung über unsere Volkswirtschaft der Regierung überlassen bleibt, welche durch ihre bisherige Handelspolitik unser schärfstes Mißtrauen hervorgerufen hat. (Lebhafter Beifall.)

Kreibich von der Sitzung ausgeschloffen.

Der folgende Redner Abg. Kreibich wird im Verlaufe seiner Ausführungen deshalb, weil er nicht zur Sache spricht, wiederholt zur Ordnung gerufen. Er brachte nämlich drei Geheimerrlässe der Karpathenrischen Zivilverwaltung zur Verlesung, die Befehle an die unterstellten Behörden, in Wahlanglegenheiten einzuwirken. Während der Verlesung wird Kreibich wiederholt aufgefordert zu enden, da die Redezeit bereits abgelaufen ist.

Abg. Kreibich (fortfahrend): Das ist das System eines Klima und Genossen, das System der Korruption, Niedertracht und Veschuchung.

Präsident Tomasek ruft den Redner für diese Ausdrücke zur Ordnung und fordert ihn zum drittenmale auf, zu enden. Schon während der Verlesung äußern die Kommunisten wiederholt ihren Unwillen, die Abg. Skalaf, Mikulisek werden zur Ordnung gerufen.

Redner wendet sich weiters dagegen, daß die Beantwortung der kommunistischen Interpellationen immer hinausgeschoben wird.

Präsident Tomasek entzieht dem Redner das Wort und schließt ihn, da er weiterpricht, von der heutigen Sitzung aus.

Die kommunistischen Abgeordneten protestieren in Jurufen gegen die Entscheidung des Vorsitzenden, der sich Kreibich ohne Widerspruch fügte. Die Verhandlung der Tagesordnung wurde sodann unterbrochen. Unter den eingelaufenen Schriften befindet sich auch die Sozialversicherung und das Gesetz über die Vermögensabgabe. Als der Präsident mitteilt, daß sich die Sozialversicherung im Einlauf befindet, brechen die tschechischen sozialistischen Parteien in Beifall aus.

In der zweiten Sitzung wurde die Sozialversicherungsvorlage und die Novelle zur Vermögensabgabe den Ausschüssen zugeteilt. Nach der Erledigung einiger Immunitätsangelegenheiten und der Wahl des ständigen Ausschusses wurde die Sitzung mit den üblichen Ferialwünschen des Präsidenten Tomasek geschlossen.

Eine nicht-sagende Antwort Malypetr's.

Im Einlaufe der Sitzung befand sich die Antwort des Ministers des Innern auf die Interpellation der tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten über das Vorgehen der Prager Polizei gegen die fortschrittliche Studentenschaft. Der Minister erklärte, er werde Maßnahmen treffen, damit das Einschreiten der Polizei in Zukunft ruhmlos und der Situation angemessen vor sich gehe. Dabei hält er es für notwendig, zu betonen, daß die Wache bei der Ausübung ihres verantwortungsgeladen und oft schweren Dienstes beim ersten Publikum volles Verständnis und Unterstützung finden sollte. Auch bei uns muß man zu dem Bewußtsein kommen, daß man den Vätern über die Gesetze und die Ordnung bei Amtshandlungen gehorchen müsse, aber daß es auch möglich sei, sich über ihr Vorgehen zu beschweren. Schließlich erklärt der Minister, daß die Beschwerden, die in diesem Falle vorgebracht wurden, streng unerforscht wurden und daß gegen die Schuldigen strenge vorgegangen werden wird.

Zukunft.

Eine heroische Freiidenterversammlung in Türiug. Eine Interpellation der Abgeordneten Genosin Kirpal, Genosin Peutel und Schweichart an das Ministerium des Innern befaßt sich mit dem Verbot einer Freiidenterversammlung in Türiug. Die Dringegruppe Türiug des Verbandes der Freiidenten in der tschechoslowakischen Republik beschließt einstimmig eine Glorienzweige am 12. Mai eine öffentliche Versammlung abzuhalten, um zu diesem Akt Stellung zu nehmen. Unbegreiflicherweise, dem Recht und Gesetz offen widersprechend, wurde diese Versammlung durch einen Akt der politischen Bezirksverwaltung aufgeführt verboten. Dieses Verbot ist eine ausgelegte Gefälligkeit für die Herrschaften Kreise, und steht im schroffsten Widerspruch zum Grundsatze der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, sich im Rahmen des Gesetzes in Wort und Schrift frei äußern zu dürfen. Die Ruhe und Ordnung wäre im Falle der Abhaltung der geplanten Versammlung selbstverständlich nicht gefährdet worden und so fehlt jeder Beweis für eine gegenteilige Behauptung. Die Interpellanten richteten deshalb an den Minister des Innern folgende Anfrage: Ist ihm diese höchst einseitige Haltung der politischen Bezirksverwaltung in Türiug bekannt und ist er gewillt, das Recht der gesetzlich verbürgten Meinungsäußerung energisch zu wahren?

Befehlsgnade des Vermögens Karolys.

Berlin, 28. Juni. (Wolff.) Die königliche Tafel hat heute das Urteil der ersten Instanz bestätigt, wonach das Vermögen des Grafen Michael Karolich auf Grund des Gesetzes über den Vaterlandsverrat dem Staate anheimfällt.

Die Regierung will ungarische Wahlen machen.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses verlas in später Abendstunde Abg. Kreibich folgende Erlasse der karpathenrischen Zivilverwaltung.

Politische Verwaltung von Karpathenland.
II/8088 pres. ai 25. Uzhorod, 19. Mai 1923.

Vertraulich!
Gegenstand: Ständige Wählerverzeichnisse.

An alle Gau, Stuhlrichterämter!

(Zu Händen aller Amtsvorstände.)

Die laut Verordnung vom 14. Dezember 1922/II/8181 pres. von den Zupanen und Stuhlrichtern eingelaufenen Nachrichten nehme ich mit Vergnügen zur Kenntnis und fordere gleichzeitig dazu auf, in gleichem Sinne weiterzuarbeiten.

Es ist besonders erforderlich, daß die Bezirksämter in jeder Gemeinde zwei bis vier Vertrauensleute haben, welche intelligent, der Republik treu und einflußreiche Personen in der Gemeinde sind.

Die Aufgabe dieser Vertrauensleute ist es, die Kerner über jedes politische wichtigere Moment zu informieren und in den gegebenen Fällen Rat zu erteilen. Mit Hilfe dieser Vertrauensleute werden die Kerner ihren Einfluß auf die Bevölkerung der Gemeinden geltend machen.

Diese Vertrauensleute sollen die staatsfeindlichen Elemente beobachten.

Die Kerner können die zu dieser Arbeit erforderlichen Beiträge von den unterschriebenen Kernen einfordern.

Von dem Ergebnis soll ein Bericht bis längstens Ende Mai 1923 übergeben werden.

Der Vorsitzende der politischen Verwaltung:

Blaha m. p.

Gawont in Uzhorod.

E. C. 423 ai 23. Uzhorod, 3. März 1923.

Gegenstand: Ständige Wählerverzeichnisse.
Streng vertraulich!

An alle Vorstände der Stuhlrichterämter.

(Zu eigenen Händen.)

Wir legen ein Verzeichnis der vertrauenswürdigen Personen bei und fordern, daß dieses Verzeichnis als streng vertraulich behandelt wird. Die Anträge bezüglich der Dispositionsbeträge müssen mir persönlich überbracht werden.

Unterschrift:

Unserlich,

der Zupan.

Präsidialabteilung der Zivilverwaltung von Karpathenland.

II. 3393 pres. ai 23. Uzhorod, 22. Mai 1923.

Gegenstand: Ständige Wählerverzeichnisse und Gemeindevahlsen.
Streng vertraulich!

An alle Stuhlrichterämter! Direkt!

Tellen Sie möglichst bald das Verzeichnis der Vertrauensleute der einzelnen Gemeinden mit.

Im Hinblick darauf wird nähere Aufklärung zur Verordnung E II 1388 pres. 1923 gegeben. Nach dieser Verordnung sind von den Stuhlrichterämtern bloß fünf Nachrichten eingelaufen.

Dieser Gegenstand verstanden bloß die Stuhlrichterämter in Mání Berecka und Teresén, wie Ihre Meldungen dies beweisen.

Ich fordere, daß die Vertrauensmänner in der Richtung Weisungen erhalten, größere Aufmerksamkeit den zur Zusammenstellung der Wählerverzeichnisse nötigen Arbeiten schon jetzt zu widmen und besonders nach ihrer Auslegung am 15. Juni 1923 darum zu sorgen, daß die staatsfreundlichen Personen in das Verzeichnis eingetragen werden und die staatsfeindlichen Elemente (Magyaren, fremde Zugehörige) gestrichen werden.

In jedem Fall muß darauf geachtet werden, daß das slowakische Element überall steigt. Gerade deshalb ist es nötig, Personen slowakischer Nationalität entgegenzunehmen und ihnen keine Beschwerden zu machen, eventuell deswegen, weil sie Angehörige oppositioneller Partei sind. Personen slowakischer Nationalität, aber magyarischer oder kommunistischer Gesinnung, sollen nicht als loyales Element betrachtet werden.

In Gemeinden, wo eine verlässliche Person zur Ausübung der Funktion eines Vertrauensmannes nicht gefunden wurde, soll diese Funktion die Gendarmerie übernehmen.

Es ist ratsam, dessen Vertrauensmänner schriftliche Anregungen nicht zu geben, es ist besser, mit ihnen mündlich zu konflieren.

Das Amt muß selbst am besten wissen, in welchen Gemeinden größere Agitation entfaltet werden soll.

In manchen Gemeinden ist eine besondere Tätigkeit nicht nötig. Nur zeitweise sollen Berichte über den Stand der Dinge erstattet werden. Das nötige Geld wird geliefert. Die Belohnungen müssen nicht gleich ausgezahlt werden, es empfiehlt sich zunächst sich von der Verlässlichkeit der Vertrauensleute zu überzeugen. Den Bericht senden Sie in drei Exemplaren durch Vermittlung des Gauarztes.

Der Vorsitzende der politischen Verwaltung:
Blaha, m. p.

Die Not der Hunderttausende.

Bei der Beratung des ergänzenden Arbeitslosenkredites in der Höhe von 220 Millionen Kronen im Abgeordnetenhause er den Standpunkt unserer Partei zu der brennenden Frage der Arbeitslosigkeit darlegte. Er schilderte die Entwicklung des tschechoslowakischen von den bürgerlichen Parteien dieses Landes verharzt, bewußt gefördert wird. Im Erfolge und Not der erwerbstätigen Massen der Bevölkerung der Unternehmer aus die Lohnreduktion des bestehenden Arbeitslosenkredites, gezielte die unwürdige Behandlung der Arbeitslosen und erörterte die Möglichkeit der Schaffung einer Ersahindustrie. Den wichtigsten Teil der Ausführungen des Genossen Loscher geben wir anbei wieder:

Arbeitslosenkredites in der Höhe von 220 Millionen Kronen im Abgeordnetenhause hielt Abg. Genosse Loscher eine Rede, in der er den Standpunkt unserer Partei zu der brennenden Frage der Arbeitslosigkeit darlegte. Er schilderte die Entwicklung des tschechoslowakischen von den bürgerlichen Parteien dieses Landes verharzt, bewußt gefördert wird. Im Erfolge und Not der erwerbstätigen Massen der Bevölkerung der Unternehmer aus die Lohnreduktion des bestehenden Arbeitslosenkredites, gezielte die unwürdige Behandlung der Arbeitslosen und erörterte die Möglichkeit der Schaffung einer Ersahindustrie. Den wichtigsten Teil der Ausführungen des Genossen Loscher geben wir anbei wieder:

Es ist nicht meine Absicht, in der Besprechung des Gegenstandes der Tagesordnung die Ursachen und die Fehler, die zur Herbeiführung unserer Wirtschaftskrise beugungen wurden, im allgemeinen zu besprechen, sondern ich möchte nur auf einige wichtige Momente, die unmittelbar die Ursache hiervon waren, hinweisen. Wir haben ja heute im allgemeinen in allen Staaten Europas und auch außerhalb Europas den Unstand zu verzeichnen, daß diese Staaten durch die Folgen des Krieges mehr oder weniger von einer schweren Wirtschaftskrise zerrüttet sind. Was wir aber bei uns sehen und was wir im Laufe der letzten Jahre seit Bestand dieser Republik erlebt haben, beweist uns, daß man in diesem Staate ein übriges getan hat, um

die Wirtschaftskrise nach Möglichkeit zu verschärfen.

Es ist während ihrer ganzen Dauer nichts geschehen, um die Krise in irgend einer Form einzudämmen, im Gegenteil, man hat fortgesetzt durch eine fehlerhafte Wirtschaftspolitik das eine bewirkt, daß die Krise verschärft worden ist. Man hat den großen wirtschaftlichen Fragen in diesem Staate bis jetzt niemals jenes Interesse entgegengebracht, das diese Fragen verdienen, denn dieser Staat war bis jetzt nur darauf bedacht, alles zu tun, um je in politisches Prestige nach außen aufrecht zu erhalten. Alles wurde unterlassen, was dazu gedient hätte, um unsere Wirtschaft gesund zu machen. Die Folgen dieser Wirtschaftspolitik in unserem Staate stellen sich bereits ein. Wir sehen, daß die hochentwickelte Wirtschaft, die wir in diesem Staate übernommen haben, eine rückläufige Bewegung durchmacht.

Während andere Staaten sich vom Agrarstaat zum Industriestaat entwickelt haben, entwickelt sich die Tschechoslowakei als ein hochentwickelter Industriestaat umgekehrt zum

Agrarstaat! Daß es so gekommen ist, daß wir dieser Entwicklung zusehen, ist darauf zurückzuführen, daß eine ganze Reihe von Parteien in diesem Staate eine solche Entwicklung planmäßig vorbereitet haben, daß sie bestrebt sind, die Industrie möglichst klein zu machen und die Agrarwirtschaft schaft zu einem großen Wirtschaftsbilde zu machen. Man will diesen Staat dorthin bringen, daß er auf der einen Seite Besitzende und Herrschende, auf der anderen Seite Dienende und Anechtende geben soll. Man will nicht, daß die industrielle Arbeiterschaft, die aufgefährt und hochentwickelt ist, dauernd in dieser Größe im Staate vorhanden sei.

Man hat der Industrie den Lebensfaden abge schnitten.

aber nichts vorgekehrt, um für diese Hunderttausende von überschüssigen Arbeitskräften entsprechende Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Es ist heute so, daß wir wohl von allen Staaten Europas die allerschwerste Wirtschaftskrise durchzumachen haben und daß die Arbeiterschaft bei uns von allen Staaten vielleicht am schwersten getroffen ist. Wir haben seit dem Ausbruch der Krise unausgesetzt darauf vertiefen, was geschehen muß, wenn wir nicht einem solchen Zustande, wie wir ihn heute durchleben zusehen sollen. Wir haben im Vorjahre in wichtigen Beschlüssen der Regierung Richtlinien gegeben, was zu geschehen hat, um die Krise einzudämmen, um ihrer Verschärfung entgegenzuwirken.

Es ist von der Regierung bis zum heutigen Tage soviel wie nichts geschehen.

Was seitens der Regierung im Herbst beim Einsetzen dieser schweren Wirtschaftskrise geschehen ist, waren vage Versprechungen, die für die Not der Arbeiterschaft vollständig bedeutungslos geblieben sind. Wir haben gesehen, daß seit

dieser Zeit viele Hunderte von Betrieben stillgelegt worden, daß Zehntausende, ja

Hunderttausende von Arbeitern arbeitslos geworden sind, daß ein großer Teil der Arbeiter, die noch arbeiten, mit wenigen Ausnahmen zwei, drei und vier Tage in der Woche beschäftigt ist. Diese Zeit der wirtschaftlichen Not und des Glends der Arbeiterschaft haben die Unternehmer auf der ganzen Linie auszunutzen versucht, um einen Raubzug auf die Löhne der Arbeiterschaft durchzuführen, um die Löhne zu kürzen. Die Regierung hat allen diesen Bestrebungen der Unternehmer vollständig teilnahmslos gegenübergegan den, hat nichts zum Schutze dieser bedrohten Arbeiter in ihrem schweren Existenzkampf getan. Nichts ist zur Behebung der Industrie geschehen. Man hat alles gelassen, wie es war. Wir haben durch die Krise eine Arbeitslosigkeit heraufbeschworen, die nur jene kennen, die unmittelbar in der Arbeiterbewegung stehen, die feststellt haben, wie groß die Zahl der Arbeitslosen ist.

Ich möchte Ihnen nur ein Beispiel aus der Textilindustrie anführen, der Textilindustrie in den deutschen Gebieten in Böhmen, Mähren und Schlesien, wo es am Schluß des Jahres 1922 nicht weniger als 49.000 Arbeitslose gab, 50.000 Textilarbeiter, die zwei und drei Tage arbeitslos und nur noch 16.000 Arbeiter, die voll beschäftigt waren. In der Maschinenindustrie in den deutschen Gebieten gab es 8000 Arbeitslose und 4000 Kurzarbeiter. Dasselbe haben wir in der Metallindustrie gesehen, in der chemischen Industrie, in der Holzindustrie, in der Porzellanindustrie und im Transportgewerbe. Wir haben auch gesehen, daß im Bergbau in der letzten Zeit, in den letzten Monaten ungezählte Hunderte von Arbeitern gefündigt und entlassen worden sind, daß man weiter in der nächsten Zeit plant, neuerlich Tausende von Bergarbeitern der Arbeitslosigkeit zuzuführen.

Diese Verhältnisse, wo es Zehntausende und Hunderttausende von Menschen gibt, die arbeiten wollen und keine Arbeit haben, werden sich auch noch in anderer Weise in diesem Staate äußern. Es ist bedauerlich, daß wir an seiner Stelle Gehör gefunden haben.

Wir dürfen uns heute seiner Täuschung mehr hingeben; man hat die Industrie soweit gedrosselt, man hat soviel Schwierigkeiten gemacht, daß wir die Arbeiter, die heute außerhalb der Betriebe stehen, einmal teilweise in die Betriebe bringen werden, daß ein großer Teil dieser Arbeiter dauernd ausgeperrt sein wird.

Es wäre die Aufgabe der Regierung, der politischen Parteien und des Parlamentes in diesem Staate gewesen, die Möglichkeiten einer Wiederbeschäftigung zu finden. Alles hätte aus dem Weg geräumt werden müssen, was die wirtschaftliche Entwicklung hemmt. Man hätte versuchen müssen, soweit als möglich Vorkehrungen zu treffen, für jene Arbeiter der Industrie, die auf ihrem alten Arbeitsplatz auf lange Zeit keine Beschäftigung werden finden können. Es wäre die Aufgabe der Regierung, rechtzeitig dafür zu sorgen, sich mit Fachleuten, mit den Gewerkschaften, kurz mit allen jenen zusammenzusetzen und zu beraten, wie man eventuell neue Industrien schaffen könnte und

wo man Ersahindustrien schaffen könnte.

Man hat es einmal, wie mir mitgeteilt wurde, in einem engen Kreise versucht. Da sich aber dieser Frage so viele Schwierigkeiten entgegengestellt hatten, sagte man: „Machen wir überhaupt nichts“. Wenn man gleich am Anfang erklärt, „es geht nicht“, dann wird es niemals möglich sein, etwas durchzuführen. Es wäre Aufgabe der Regierung, mit aller Energie und Tatkraft dafür zu sorgen, einen Teil dieser Arbeiter, der in der Industrie nicht mehr unterzubringen ist, in andere Industriezweige unterbringen zu können.

Redner beschäftigt sich sodann in eingehender Weise mit der Rücksicht des bestehenden Arbeitersfürsorgegesetzes, wobei er u. a. sagte: Ich erinnere nur an die Bauarbeiter; es gibt Gebiete, wo hundert, ja tausende Arbeiter den Winter über in der Textilindustrie beschäftigt waren. Diese Arbeiter sind ausgeschieden und sie können heute Arbeit nicht finden. Sie erhalten deshalb keine Unterstützung, weil das Gesetz von Saisonarbeitern spricht, wo eine Reihe von Verufen aufgezählt sind. Die gewerblichen Arbeiter in jenen Betrieben, wo weniger als 20 Arbeiter beschäftigt sind, erhalten keine Unterstützung. Was sollen sie machen? Man stellt ihnen die Unterstützung ein und wirft sie in Not und Glend, mögen sie zugrunde gehen oder nicht. Wir haben ganze Bezirke, die von der Unterstützung ausgeschlossen sind, wir haben Bezirke, die von der Unterstützung ausgeschlossen sind. Wir haben noch eine Bestimmung im Gesetz, daß dort, wo bis 7000 Einwohner sind, acht Kronen gezahlt werden, und daß dort, wo über 7000 Einwohner sind, zehn Kronen gezahlt werden. Das besteht noch im Gesetz. Wir haben weiter im Gesetz die Familienzulagen. Wie oft kommt es vor, daß diese Zulagen den Arbeitslosen immer mehr gekürzt werden; ein kleiner Verdienst des Haushaltungsvorstandes, mitunter 60, 70 Kronen, die er verdient, bewirken, daß man die Familienangehörigen, die mitunter selbst in Arbeit gestanden haben, die also selbst verdient haben, aus der Unterstützung herauswirft. Wir sehen noch in vielen Fällen, daß die Arbeitslosen vier bis sechs Wochen warten müssen auf die Unterstützung, bevor man herausbekommt, daß sie verkürzt gearbeitet haben; man läßt sie also noch vier bis sechs Wochen warten, bevor die Erhebungen abgeschlossen sind.

Das Gesetz redet auch davon, daß die Unterstützung bis auf eineinhalb Jahr ausgedehnt

werden kann. Man hat festgestellt, daß zwei Gruppen, die am schwersten unter der Krise gelitten haben, die Glasarbeiter und die Textilarbeiter, die Unterstützung auf neun Monate verlängert bekommen. In der letzten Zeit sehen wir, daß zehntausende von Arbeitern nicht die Unterstützung bekommen.

Man läßt die Unterstützung, man zahlt nur 50 Prozent aus. In jenen Fällen, wo man im allgemeinen über ein Jahr Unterstützung gewährt, zahlt man sie nur den Familienerhaltern, und auch da nur 50 Prozent, und die anderen erhalten überhaupt keine Unterstützung. Das ist ein Zustand, der gesetzlich gar nicht begründet ist, und es steht nichts im Gesetz davon, daß die Regierung das Recht hat, diese Unterstützung um 50 Prozent herabzusetzen. Wir haben eine amtliche Arbeitslosenstatistik, in der wir in der letzten Zeit gesehen haben, daß die Zahl der Arbeitslosen zurückgeht. Aber diese Ziffer stimmt nicht im Verhältnis zu der Zahl der wirklich Arbeitslosen, weil die Regierung alle ausschließt, bei denen nur irgendwo die Möglichkeit zum Auscheiden besteht, und weil auf der anderen Seite versucht wird, die genaue Zahl zu erfassen, die unmittelbar arbeitslos sind.

Es ist weiter durch das Gesetz vorgesehen, daß in den ersten drei Monaten 150.000.000 Kronen ausbezahlt sind. Jetzt soll im weiteren ein 220.000.000 Kronen Nachtragsgeld für die Auszahlung an die Arbeitslosen bewilligt werden. Es ist das gewiß eine große Summe in drei Monaten. Wenn man aber bedenkt, wieviel hunderttausende von Menschen für diese Unterstützung in Betracht kommen, so ist die Summe gering. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Summe von 220.000.000 Kronen zu gering ist.

Wird nur diese Summe bewilligt, so wird man damit nur bewirken, daß das Finanzministerium in kurzer Zeit weitere Kürzungen vornehmen wird. Wenn man auf der einen Seite die Vermögensabgabe um eininhalb Milliarden abbaut, kann man auch auf der anderen Seite die Arbeitslosenunterstützung vergrößern. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Art, wie man bis jetzt die Arbeitslosen behandelt hat, unwürdig ist, daß sie empörend ist für einen Stand von Menschen, die arbeiten wollen und nicht arbeiten können, empörend für Menschen, die immer gearbeitet haben, die ja nur durch die Not der Verhältnisse zur Arbeitslosigkeit verurteilt worden sind, und daß es die moralische Pflicht des Staates ist, dafür zu sorgen, daß die unglücklichen Opfer der Wirtschaftskrise auch eine entsprechende Unterstützung zur Bestreitung des Lebensunterhaltes erhalten. (Lebhafter, langanhaltender Beifall bei unseren Genossen.)

Telegramme.

Der österreichische Gewerkschafts-kongress geschlossen.

Wien, 28. Juni. (Eigenbericht.) Der Gewerkschaftskongress wurde heute geschlossen. In der heutigen Sitzung wurden noch organisatorische Fragen erledigt, worauf Dr. Ellenbogen ein Referat über gemeinwirtschaftliche Organisationen hielt und eine Resolution beantragte, die die Arbeiter auffordert, die gemeinwirtschaftlichen Organisationen zu unterstützen.

Die Sozialdemokraten — Danzigs stärkste Partei.

Berlin, 28. Juni. (Eigenbericht.) In Danzig ist es zu einer Verschmelzung der Kommunisten mit den Sozialdemokraten gekommen, da die meisten Kommunisten sich der Sozialdemokratie angeschlossen. Dadurch sind die Sozialdemokraten mit 36 Stimmen die stärkste Fraktion des Parlaments geworden.

Ende des schlesischen Landarbeiterstreiks.

Berlin, 28. Juni. (Eigenbericht.) Der Landarbeiterstreik in Schlesien ist durch ein Kompromiß beendet worden. Die Lohnfrage ist nach dem alten Tarif geregelt worden, doch sollen die Löhne der Geldentwertung angepasst werden. Wenn die Streikenden ihre Forderungen nicht durchsetzen konnten, so ist dies vor allem die Schuld des schlesischen Regierungspräsidenten, der fast alle Arbeiten als Notstandsarbeiten bezeichnete und durch Reichswehr ausführen ließ. In den parlamentarischen Körperschaften wird über diese Frage noch verhandelt werden.

Eisenbahnerstreik in Ungarn.

Lemberg, 29. Juni. (Tsch. WB.) Der Eisenbahnerstreik dauert an und hat sich auf Stanislaw, Przemyśl und Strzy ausgebreitet. Es besteht die Gefahr, daß der Streik, der ursprünglich in den Lemberger Eisenbahnerwerkstätten ausgebrochen ist, zum Eisenbahnergeneralstreik in Ungarn ausarten wird.

Abkündigung des Mißtrauensvotums gegen Genossen Zeigner.

Dresden, 28. Juni. Der Landtag lehnte heute nach heftiger Aussprache den volksparteilichen Antrag, dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner wegen seiner Reichskanzler- und Bürgerium feindlichen Rede in Planitz das Mißtrauen auszusprechen, mit 48 sozialistischen und kommunistischen Stimmen gegen 43 bürgerliche Stimmen ab.

Die Labour Party gegen den Aufrüstungswahn

Berlin, 28. Juni. (Tsch. WB.) Wie die „Vossische Zeitung“ aus London meldet, brachte in der gestrigen Sitzung des Kongresses der Arbeiterpartei der Abg. Lansbury einen Antrag ein, der sich gegen das neue englische Bauprogramm für die Luftflotte ausspricht. Der Antrag besagt, daß die Arbeiterpartei der neuen Aufrüstungsforderung der englischen Regierung entsetzten Widerstand leisten wolle, wenn die Regierung nicht die Erklärung abgibt, auf einer internationalen Konferenz eine

allgemeine Abrüstung in der Luft vorzuschlagen.

Nächsterne Betrachtung in Amerika.

Washington, 28. Juni. (Havas.) Das Kriegsdepartement erklärt, daß die Vereinigten Staaten nicht daran denken, ihre Luftflotte zu erhöhen, da man glaubt, daß die Vorfahrt jetzt nicht bestehe, daß die Vereinigten Staaten eine gleich starke Luftflotte wie die übrigen Staaten besitzen.

An 200 Milliarden beschlagnahmt.

Berlin, 28. Juni. (Wolff.) Wie von deutscher Seite mitgeteilt wird, sind den Franzosen im Ruhrgebiete bisher rund 100 Milliarden Mark in die Hände gefallen.

Der Vermittlungsversuch des Papstes.

Rom, 28. Juni. In dem Ablass des päpstlichen Schreibens betreffend die Reparationen heißt es: Wenn und sobald irgendein Schuldner die Reparationen zu zahlen wünscht und den Beweis eines aufrichtigen Willens zur Erzielung einer anständigen und endgültigen Einigung erbringt, indem er sich dabei auf ein unparteiisches Schiedsgericht in bezug auf die Grenzen seiner Zahlungsfähigkeit beruft und sich dabei verpflichtet, den Richtern alle Möglichkeiten für eine wahrhafte und strenge Kontrolle zu bieten, würde es die Gerechtigkeit, die soziale Menschlichkeit und das Interesse der Gläubiger verlangen, daß keine Forderungen gestellt werden, die der Schuldner nicht erfüllen kann, ohne dabei seine gesamten Quellen und Produktionsfähigkeiten zu erschöpfen, was einen unerföhrlichen Schaden zur Folge hätte für ihn und auch für seine Gläubiger. Es würde auch die Gefahr sozialer Unruhen hervorzurufen, welche Europa mit Vernichtung bedrohen würden, und es würde einen Haß erwecken als eine dauernde Drohung neuer und noch schlimmerer Konflagrationen.

Es ist aber auch gerecht, daß die Gläubiger im Verhältnis zu ihren Forderungen Garantien erhalten, welche die Zahlungen sicherstellen sollen, von denen ihr Lebensinteresse abhängt. Wir überlassen es aber Ihrem Urteile darüber zu entscheiden, ob zu diesem Zweck in jedem Falle eine Gebietsbesetzung notwendig ist, welche schwere Opfer auferlegt der besetzenden und auch der besetzten Macht, ob es nicht besser wäre, die Okkupation vielleicht stufenweise durch andere Garantien zu ersetzen, die ebenso wirkungsvoll, ganz sicher aber weniger schädlich wären. Wenn die beiden Parteien diese friedliebenden Gründe anerkennen und infolgedessen die Erbitterung verschwindet, die durch die Gebietsokkupation hervorgerufen worden ist, und wenn die Okkupation selbst stufenweise reduziert wird, sofern sie nicht vollständig aufhört, dann wird es nötig sein, diejenige wahrhafte Pazifizierung der Welt zu erzielen, welche auch die unerläßliche Bedingung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ist, den wir alle heiß herbeisehnen.

Ausland.

Die französische Opposition über Cuno.

Seit einiger Zeit erscheint in Paris eine neue Tageszeitung, der „Quotidien“. In seinem Redaktionskomitee sitzen Demokraten und Sozialisten. Er bekämpft mit Entschiedenheit die innere und äußere Politik Poincarés und des nationalen Blocks. Ausnehmend Beachtung verdient folgender Artikel Pierre Bertrand's, der dort unter der Überschrift „Eine beunruhigende Tatsache“ vor kurzem erschienen ist: „Man weiß, was wir über die auswärtige Politik Poincarés denken. Aber es gehört zu unserem Programm, daß wir bei aller Oppositionsstellung ehrlich sind, und es ist einfache Ehrlichkeit, anzuerkennen, daß Herr Cuno eine Politik der Provokation treibt, daß seine Minister und der Reichstag ihm folgen und daß das deutsche Volk, in seiner Weise gesehen, sehr unzureichend darauf reagiert. Viele von uns haben nach der Revolution geglaubt, daß die einzige Chance der deutschen imperialistischen Minderheit in einem Gewaltstreik bestünde und daß der Mißerfolg dieses Streiks das Ende ihrer Aktionen bedeuete. Diese Auffassung war zu optimistisch. Seitdem hat sich die chauvinistische Propaganda so wirksam entwickelt, daß die Parteien der Restauration und der Revanche heute mächtiger sind als im Jahre 1919. Zweifellos kann man sagen, daß Schuld auf unserer Seite liegt. Aber andererseits muß man erkaunt sein, daß ein Volk, das sich noch in dem Abgrund befindet, in den es von seinen militärischen Führern gestoßen worden ist, sich so leicht wieder um Lendorff vereinigt und daß es selbst nicht versteht, daß Frankreich in die Verhandlungen mit einem Gegner, der mehr bona fides befähigt, einen vernünftigeren Geist hineintragen würde. Wir haben fortgesetzt den Standpunkt vertreten, daß es zwei Deutschland gibt. Aber die beunruhigende Tatsache besteht darin, daß das andere Deutschland, das liberale und demokratische Deutschland, von dem wir hofften, daß es uns bei der Befriedigung Europas helfen werde, statt an Boden zu gewinnen, Boden zu verlieren scheint, bis zu dem Grade, daß der Kanzler ohne Mehrheit im Reichstag sich auf eine Politik versteifen kann, die gleichzeitig ruinös und gefährlich ist, eine Politik der

Zur Kritik des Schulreformentwurfes.

Die bisher verlaublichen Urteile über den „Vorschlag zur Organisation der Bürger- und Mittelschule“ haben fast ausschließlich Lehrer der von der Reform betroffenen Schulkategorien zu Urhebern, was eine zwar begreifliche, aber sicherlich sehr bedauernde Erscheinung ist. Die Frage der Schulreform ist ja keine ausschließliche Lehrereigenheit, nicht einmal in dem Sinne, daß nur der Lehrerschaft in dieser wichtigsten Lebensfrage kommender Schülergenerationen die Berechtigung eines autoritären, von vornherein zu respektierenden Urteils zukäme. Soviel auch von unserem Standpunkte gegen den Vorschlag des Unterrichtsministeriums in seinen Einzelheiten vorzubringen wäre, daß ihn die Mittelschullehrer geschlossen ablehnen, daß die Volks- und Bürgererschullehrer geschlossen für ihn eintreten, mindert den Wert der beiderseitigen Stellungnahme wesentlich und macht diese bezüglich ihrer Motive einigermaßen verdächtig. Denn zwingend drängt sich die Vorstellung auf, daß Gesichtspunkte der Standespolitik in höherem Maße, als es die Sache gestattet, diese Stellungnahme bestimmten und das Urteil trübten.

Das zeigt sich beispielsweise in den Argumenten, mit denen die im Gau Prag des Reichsverbandes vereinigten Mittelschullehrer in ihrem Gutachten die leitende Tendenz behandeln, die das Unterrichtsministerium für seinen Entwurf anführt. Als diese Tendenz nennt der Entwurf die Rücksichtnahme auf die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und das Bestreben, die Entscheidung über die Zukunft der Schüler auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen. Diesen Standpunkt, dessen Bedenklichkeit und Zeitgemäßheit wirklich nur Selbstfremdheit geringachten kann, nennt das Gutachten einen vollkommen falschen Standpunkt. Leitende Grundlage für Erziehung und Unterricht dürfen nur aus deren Wesen entnommen werden, für sie dürfen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf keinen Fall ausschlaggebend sein, sagt das Gutachten. So spricht ein Mittelschullehrer, der wahrscheinlich den Satz „Nicht für die Schule, sondern fürs Leben lernen wir“ bei jeder Gelegenheit zitiert, ihn aber, sobald es auf die praktische Probe ankommt, ruhig preisgibt. Und doch war die Forderung nach einer Anpassung der Schule an die Bedürfnisse des wirklichen Lebens niemals dringender als jetzt, da der Daseinskampf viel schwerer, da eine möglichst ökonomische Gestaltung der Bildungs- und Schulorganisation zwingend notwendig geworden ist. Daß übrigens das Bildungsziel nur durch die heutige Mittelschule zu erreichen sei — was die Gutachter aus Mittelschullehrerkreisen zu glauben scheinen — ist ein durch die Erfahrungen nur zu sehr widerlegter Aberglaube. Trotz alles Rückwärts an der Mittelschule verkörpert sie noch immer, und dazu in einer unzulänglichen Form, das Bildungsideal einer sozial und kulturell überwundenen Phase der Menschheitsentwicklung, sie baut pädagogisch auf jeelischen Voraussetzungen auf, die die psychologische Kinderforschung längst widerlegt hat, und übersteht die vielen Bildungsmöglichkeiten, welche die Neuzeit auch für den schon berufstätigen Menschen nach der Schulzeit geschaffen hat. Alle Kritiker aus den Kreisen der Mittelschullehrer lehnen den Hauptgedanken des Entwurfes, die Gleichstellung von Bürgerschule und Niedermittelschule rücksichtlich der durch ihre Absolvierung zu gewinnenden Berechtigung ab. Die Bürgerschule verfolge praktische Zwecke, die Mittelschule bilde die künftigen Führer des Volkes, die Träger der Kultur heran. Allen Ernstes wird diese lähne Behauptung in einem Gutachten aufgestellt. Auf dieses große Ziel müsse schon die Unter-mittelschule eingestellt werden. Also schon die zehn- und elfjährigen Kinder müssen anders gebildet und erzogen werden als die gleichaltrigen Bürgerschüler. Und doch weiß jeder Schulmann, daß das Wesentliche in der Richtung der Begabung in diesem jungen Alter weder für den Lehrer, noch für die Eltern, noch auch — was nicht unwichtig ist — für den Schüler selbst erkennbar ist. Von der Durchführung des Entwurfes in diesem Punkte befürchten die Mittelschullehrer eine Zunahme der Zahl der Halbgebildeten, ein Sinken der Kultur. In den Absolventen der Mittelschule von heute die Gänge gebildeten zu sehen, ist ebenso grotesk, als es von großer Bescheidenheit in der Postulierung des Kulturideals zeugt, die Mittelschüler zu Trägern der Kultur avancieren zu lassen. Die „Auslese“ der Absolventen ist dank den sozialen Auslesefaktoren der kapitalistischen Kultur eine derartige.

Französisches Kapital in Sowjetrußland.

Moskau, 27. Juni. (Russische Telegraphenag.) Der Vorsitzende der französischen Handelsdelegation, Duverger, der jetzt nach Frankreich zurückkehrt, erklärte in einer Unterredung mit Vertretern der Presse, er führe eine Reihe von Vertragsentwürfen über den Getreide- und Holzexport von Rußland nach Frankreich mit sich. Duverger hofft, es werde den von ihm vertretenen Kreisen gelingen, die französische Regierung zur Aufnahme zunächst der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland zu bewegen. Er ist davon überzeugt, daß die französische Regierung Rußland de facto anerkennen und einen ständigen offiziellen Vertreter nach Rußland entsenden werde. Das Mitglied der Delegation Ribeau fährt nach Baku, um die Lage der dortigen Naphtha-industrie zu studieren. Duverger richtet u. a. einen Brief an den Direktor der Staatsbahn, in dem er seine Bewunderung für die Finanzorganisation der Sowjetrepublik ausspricht.

Der Belgrader Attentäter — ein Neuraßheniker.

Belgrad, 28. Juni. Auf Grund der über das Vorleben des Attentäters auf Pasić, Rajic eingeholten behördlichen Erkundigungen wurde festgestellt, daß Rajic ein erblich belastetes exaltiertes Individuum ist, das sich mit geringer Schulbildung in verschiedenen Berufen, besonders in Handelsfache, eine ständige Anstellung zu verschaffen suchte. Er zeigte jedoch nirgends Ausdauer und war wiederholt stellungslos. Eine Zeit hindurch war er bei der jugoslawischen Reparationsexpedition in Passau angestellt, wurde jedoch bereits im vorigen Herbst entlassen. Vor einigen Tagen versuchte er neuerdings, eine Anstellung in Passau zu erlangen. Seinem Ansuchen konnte jedoch wegen Platzmangel nicht willfahrt werden. Es scheint, daß ihn tatsächlich nur dieser Mißerfolg zu dem Attentat veranlaßt hat. Er selbst gibt an, daß er zuerst Selbstmord verüben wollte, aber den Mut dazu nicht aufbrachte. Eine Schwester des Attentäters hat sich vor Jahren nach Entlassung aus dem Dienste selbst entleibt.

Nachsucht, der Aufregung und der Herausforderung. Die Ansicht, England werde Frankreich nicht folgen, reicht zur Erklärung dieser Haltung nicht aus. Sie kann nur eingenommen werden, wenn Cuno sich durch das Vertrauen des Volkes gestützt fühlt. Vielleicht jedoch täuscht er sich. In diesem Fall ist es hohe Zeit, daß die vernünftigen Leute in Deutschland ihm die Augen öffnen.

Pierre Bertrand pointiert scharf, und man kann ohne weiteres feststellen, daß das der Schlüssigkeit seiner Beweisführung Abbruch tut. Vor allem geht er zu leicht über die Verantwortlichkeit hinweg, die Frankreich durch seine Politik auf sich geladen hat, indem es dem anderen Deutschland seinen Kampf gegen die alten Aberglauben und Gewalten durch nichts erleichterte. Auch könnte der Mitarbeiter des „Quotidien“ statt auf den bösen Willen des Kabinetts Cuno einen großen Teil der Schuld auf das Konto der freisch nicht minder beklagenswerten Passivität der Regierung setzen. Aber auf jeden Fall ist es nützlich, auf diese Stimme aus einem Kreise zu achten, der in der schärfsten Opposition zu Poincaré stehend, grundsätzlich eine ehrliche Verständigung mit Deutschland anstrebt. Wenn die deutsche Politik nicht nur den nationalen Block gegen sich hat, sondern auch das Mißtrauen der französischen Linken erregt, dann sind ihre Aussichten nicht allzu hoffnungsvoll.

Die Auswanderungsfrage.

Rom, 28. Juni. (Havas.) Mussolini beschloß, im Jahre 1924 eine internationale Konferenz zur Prüfung der Auswanderungsfragen nach Rom einzuberufen. Die Konferenz wird einige Sektionen haben, in denen die einzelnen Probleme behandelt werden. Die Vereinigten Staaten, Brasilien und Argentinien antworteten auf die Einladung der italienischen Regierung in günstigem Sinne. Bemerkenswert ist die Teilnahme der Vereinigten Staaten, daß es nach dem Kriege der erste Fall ist, wo Amerika an einer auf Veranlassung einer europäischen Regierung einberufenen internationalen Konferenz teilzunehmen beabsichtigt.

Die Amerikaner vom vorderasiatischen Petroleum ausgeschlossen.

London, 28. Juni. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß die Regierung von Ungarn die Konzessionen an die amerikanische Chesler-Gruppe aufgehoben hat, da der Vertreter dieser Gruppe die Bedingungen der Konzessionen, die die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen betreffen, in der

festgesetzten Frist nicht durchführte. Bekanntlich sind die vorderasiatischen Petroleumschätze eines der heißumstrittensten Objekte und die in Lausanne wirkenden Gegenstände gehen größtenteils auf den Sader der verschiedenen Kapitalistengruppen um die hochergiebigen Erdölquellen zurück. (D. Red.)

daß sie auch dann nicht schlimmer sein könnte, wenn sie sich auch ohne alle Vorbehalte, die der Schulreformentwurf enthält, auf die Bürger-schüler ausdehnen würde. Die Bürgerschule ist heute trotz ihres Namens fast ausschließlich eine Schule des proletarischen Kindes, auch des begabtesten proletarischen Kindes, die Mittelschule hingegen im ganzen und großen noch immer eine Schule des bürgerlichen Kindes, auch des unbegabtesten bürgerlichen Kindes. Der Proletarier kann sich nicht leisten, sein Kind in die Mittelschule zu schicken, schon gar nicht, wenn eine Mittelschule nicht an seinem Wohnort besteht. Denn die Mittel, sein Kind außerhalb seines Wohnortes studieren zu lassen, bringt er nicht auf. Indem der Reformentwurf auch die Bürgerschule zu einer Unterstufe der Mittelschule macht, erleichtert er begabten Proletariatskindern den Weg zum Studium. Daß er den Lehrplan der Bürgerschule dem der Untermittelschule gleichstellt und nicht gleich eine Einheitschule für alle Kinder bis zu 14 Jahren schafft, ist sicherlich eine schulorganisatorische Halbheit, die aber in unseren Schulverhältnissen begründet ist und die erst im Laufe der späteren Entwicklung allmählich überwunden werden wird. Als das schlimmste Gebrechen an der neuorganisierten Untermittelschule bezeichnen es die Kritiker aus den Kreisen der Mittelschullehrer, daß die Fremdsprache aus der Untermittelschule verschwindet, daß insbesondere der Lateinunterricht erst auf der Obermittelschule beginnt. Nun kann man den Bildungswert des Lateinischen sehr hoch stellen und dabei doch der Meinung sein, daß seine wichtigste Wirksamkeit als die eines Mittels der geistigen Disziplinierung in der Altersstufe, in der heute mit dem Lateinunterricht begonnen wird, eine recht geringe ist. Davon abgesehen, muß man aber angesichts der sprachlichen Verhältnisse der Tschechoslowakei darauf Rücksicht nehmen, daß der Lebenswert der bei uns gesprochenen Sprachen, die schon teilweise in der Untermittelschule zu lehren sind, noch größer ist als der Bildungswert fremder oder alter Sprachen.

Ein ernstes, durch den Entwurf des Ministeriums noch aktueller gewordenes Problem ist das der Schulautonomie. Die bösen Erfahrungen, welche die Deutschen des Staates mit ihrer Schule gemacht haben, zwingen dazu, ängstlich auf den Schulbesitz zu achten. Die Möglichkeit der Zusammenziehung von Bürger- und Untermittelschule, die der Entwurf offen läßt, darf nicht zu einer Handhabe neuer Drohselungen deutscher Schulen werden. Die durch den Schulreformentwurf notwendig gewordene höhere Leistungsfähigkeit der Bürgerschule macht eine geringere Schülerzahl in den einzelnen Klassen notwendig. Nur in Bürgerschulklassen mit wenigen Schülern ist es möglich, für die Besucher dieser Schulkategorie den Weg zur Obermittelschule gangbar zu machen. Aus dem Titel der Schulreform deutsche Bürgerschulen oder deutsche Mittelschulen aufzulösen, wäre ein verbrecherisches Beginnen, vor dem wir nicht früh genug warnen können. Der Entwurf darf nicht Gesetz werden, ohne durch ausreichende Sicherung nach dieser Richtung Beruhigung zu schaffen.

Der Entwurf findet unerwärtigweise auch dort scharfe Ablehnung der Mittelschulprofessoren, wo er einem alten Verlangen der Volks- und Bürgerschullehrer entspricht, nämlich der geplanten Lehrerbildung. Während die Professoren in ihrer Kritik ängstlich darauf bedacht sind, daß das wissenschaftliche Niveau der Mittelschule nicht herabgedrückt werde, traten sie sehr energisch gegen eine wissenschaftlich höhere Bildung des Volksschullehrers auf. In einem Gutachten der Mittelschullehrer Nordmährens und Schlesiens erklärten sie, daß für das Amt eines Volksschullehrers nicht mehr gefordert werden dürfe, als das Amt brauche, sie sprechen von einer „scheinbaren Höherbildung der Volks- und Bürgerschullehrer“ und meinen, daß diese trotz der Hochschulfürze für ihren Beruf „doch nicht mehr lernen werden als er erfordert“. Diese etwas hochmütigen, ja beleidigenden Bevormundungsversuche sind keineswegs geeignet, die Volksschullehrer von ihrer Forderung nach Höherbildung abzubringen. Noch weniger geeignet sind sie, den Motiven der Befürworter um die Erhaltung eines besseren Bildungsideals, mit denen der Kampf gegen den Reformentwurf begründet wird, stärkere Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Zu den Befürwortern des Vorschlages der Unterrichtsverwaltung gehören auch die tschechischen Professoren, vor allem aber bekämpft ihn die tschechischbürgerliche Presse, die nationaldemokratische und die agrarische. Deren Besorgnis um die Höhe der Mittelschulbildung ist freilich kaum etwas anderes als eine notdürftige ideologische Verschleiierung des bürgerlichen Klassenstandpunktes, der das Privilegium der höheren Bildung, die daraus abgeleiteten Berechtigungen und sozialen Ansprüche auch wei-

terhin auf die Kinder der Bourgeoisie beschränkt wissen will.

Auch der Kampf um die Schulreform spiegelt den Interessengegensatz der Klassen wieder. Die bei dem Streit um scheinbar geistige Dinge typische Erziehung wiederholt sich auch hier, daß die Hauptinteressenten auf bürgerlicher Seite gar nicht in die Arena hinabzusteigen brauchen, weil ihre Sache mit Leidenschaft von jenen geführt wird, die in ihrer sozialkritischen Naivität nicht merken, wessen Interesse sie vertreten. Erleichtert wird diese Selbsttäuschung bei den einen und bewußte Täuschung bei den anderen in diesem Falle auch noch dadurch, daß der Entwurf tatsächlich an Mängeln, Widersprüchen, Unfertigkeiten leidet, deren möglichst rasche und reiflose Beseitigung für sein Schicksal entscheidend ist. Ueber diese Gebrechen, die das Lebensnotwendige des Vorschlages zu verdunkeln drohen, soll noch gesprochen werden.

Johann Volach.

Tages-Neuigkeiten.

Das Attentat auf die Arbeiter-druckerei.

Eine junge Genossin, die Sonntag in Münster war, gibt folgende Schilderung des dort verübten Verbrechens, dessen Zeugin sie war:

Morgens vier Uhr kommen wir in Münster an, der Himmel verspricht einen herrlichen Sonnentag, so schien es doch vom Zug aus. Doch was ist hier der Himmel schwarz? Münster hat doch keine Fabriken. Nein, es kann nur ein großes Feuer sein. Da — einzelne Feuerwehrlente, aber wo brennt es — und diese Stille in den Straßen? Kommt die nur vom Sonntagmorgen? Der Rauch kommt aus der Richtung, wo unser Zeitungsgebäude steht, doch nein — es kann ja nicht sein, Hirngespinnste!

Und es war doch unser Blatt, Nationalistische Ruben haben die Buchdruckerei in die Luft geprengt. Ueber einen Gartenraum sind sie geflöhert, der abgerissene Eisen zeigt noch davon, und sind so von der Muffe her an das Haus gelangt, dann haben sie den Sprengstoff in den Zeitraum geworfen. Milliardwerte sind in die Luft geflogen. Die Wände, Decken, alles zusammengeknallt, die Maschinen gänzlich zertrümmert, Papiervorräte für ein halbes Jahr vernichtet, was nicht vom Feuer gefressen wurde, ist beim Löschen unbrauchbar gemacht worden. Ueber dem Bett des alten Wächters ist die Wand zusammengefallen, er blieb wie durch ein Wunder unversehrt, doch er lieg an Kopfverletzungen darnieder. Fragen werden laut: Was wird aus unserer Zeitung? Man sieht alte, erfahrene Genossen die Hände ballen: Wiedervergeltung diesen Juden! Trauen sieht man aufsteigen: Unsere Zeitung, wann werden wir hier wieder arbeiten können, wo drucken wir unser Blatt und die Flugblätter für Hamn und Concordia, die hier ausgedruckt wurden? Wer erlegt uns den Schaden? Und wie werden die Täter bestraft, wenn sie verhaftet sind?

Der Missetat zu dieser Tat wurde schon vorher gegeben. Zuerst wurden die Schläfen umgestrichen, dann wurde in der Sozialdemokratischen Buchhandlung die Schilde zertrümmert. Es werden große Anforderungen an die Ruhe und Besonnenheit der dortigen Arbeiter gestellt. In dieser alten Bischofsstadt, die so reich an Schönheit ist, deren historische Vergangenheit uns bei jedem Schritt entgegentritt; in dieser Stadt der vielen Kirchen ist es unendlich schwer, für unsere großen Ziele zu schaffen. Die Glocken läuten den ganzen Tag, als wenn sie jede andere Regierung in uns niederlagerten wollen, Fahnen der studentischen Vereinigungen flattern im Winde — aus einem Parterrefenster klingt Klaviermusik: „Deutschland, Deutschland über alles!“ In jeder Buchhandlung sind Bilder Schlageters angeheftet: Denkt an den großen Volkshelden! Der letzte Augenblick eines großen Volkshelden usw. Von solchem Geist ist die Stadt durchdrungen, kein freier Wind weht hindurch, nur eine Schar Arbeiter steht mit Westfalentreue zu unserer Sache, erbittert kämpfen sie gegen den Geist der Verwundung an. Im Zoologischen Garten haben sich Genossen aus mehrer n Bezirken zusammengeschlossen. Augen blitzen, Fäuste drohen: Es geht nicht lange gut, Münster ist ein zweites München!

Ich gehe zurück zum Zeitungsbaus. Die Straße ist durch Seile abgesperrt. Menschenmassen haben sich angehäuft, doch nur die geprüngenen Feuerwehrlente ringsumher zeugen von der Tat, die Druckerei liegt im Hinterterrasse. Da kommen drei Studenten hinzu, sehen die Sache an mit Gesichtern, aus denen die

Freude an der gelungenen Tat spricht. Ein Arbeiter neben mir fahrt seinen Stock. Nur schwer war er zu beruhigen. Da kommen wieder zwei Studenten, mit einer Fackel, die nur bestimmten Leuten eigen ist, steigen sie über die Seile und wollen die Straße passieren: „Jurist! Sie sehen doch, daß die Straße gesperrt ist!“ werden sie angefahren, und wie Dämme auf dem Mist treten sie den Rückzug an. Ist diese Haltung nicht typisch für diese Leute?

Frieda Kellermann.

Ein Pfarrer, der die Mutter Gottes verkauft. Die französischen Blätter berichten von einem Pfarrer, der eine Statue der Mutter Gottes verflopfte und, damit die Gläubigen nichts merken, durch eine Nachbildung ersetzt hat. Die kleine Kirche Saint-Zaunver-sur-Cole im Departement Seine-et-Marne besaß eine Muttergottesstatue, ein Meisterwerk aus dem dreizehnten Jahrhundert. Vor kurzem wurde entdeckt, daß die Statue verschwunden und durch eine wertlose Nachbildung ersetzt war. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet und sie ergab, daß derjenige, der die Statue entwendet hatte, kein anderer war als der Pfarrer der Kirche, der Abbé Jot. Er gestand, daß er die Mutter Gottes einem Antiquitätenhändler verkauft habe. Dieser bot ihm dafür 2500 Franken bezahlt und die Nachbildung geliefert. Der Pfarrer wird angeklagt werden.

Schwierigkeiten mit tschechischen Kronen an der deutschen Grenze. Die „Vossische Zeitung“ berichtet aus Pauen: Die neue Devisenordnung hat im Grenzbezirk große Schwierigkeiten hervorgerufen, so daß man jetzt im ganzen Grenzbezirk nicht eine einzige tschechische Krone umgewechselt erhält. Einzelne Wechselstellen fanden einen Ausweg dadurch, daß sie auf tschechische Kronen eine a conto-Zahlung geben und den Rest am nächsten Tage auszahlen. Gewisse Wechselbauer auf die Unkenntnis der tschechoslowakischen Kunden und verdienen dadurch gewaltige Summen. Jenseits der Grenze werde empfohlen, nach Deutschland nur noch Markschekels mitzunehmen, da auf die Umwechslung an der Grenze kein Verlaß mehr sei. — Durch eine Verordnung des deutschen Reichsfinanzministers wird verfügt, daß bei Reisen von Deutschland künftig der 15.000-fache Betrag des jeweiligen Betrages des Briefportos mitgenommen werden kann. Bisher durften nur 600.000 Mark über die Grenze mitgenommen werden. Bei dem augenblicklichen Porto von 100 Mark dürfen einmahl Millionen und vom 1. Juli ab infolge der Erhöhung des Portos auf 300 Mark viereinhalb Millionen Mark über die Grenze mitgenommen werden.

Die Zahl der Krankenstellen in der Tschechoslowakei. Nach dem Antrage des Ministeriums für soziale Fürsorge gibt es in der Tschechoslowakischen Republik 612 Krankenstellen. Davon sind 313 Bezirks-, 82 Bundes-, 66 gesellschaftliche, 18 Unternehmens-, 25 erwerbslose, 20 landwirtschaftliche, 13 Eisenbahn-, 15 Tabakfabriks-, 7 Breviers- und 53 freiwillige Meister-Krankenstellen. Die größte Bezirkskrankenstelle ist in Brünn, dan folgen: Prag, Pilsen, Böhmen, Austerlitz, Znojmo, Olmütz, Komorn, Weinberge, Teschen. Die Zahl aller versicherten Personen in der Tschechoslowakischen Republik wird auf 3.432.000 Personen mit drei Millionen Familienangehörigen geschätzt.

Das neueste von Dr. Klimm. Im „Oeste Slovo“ wird über eine Korruptionsaffäre berichtet, in deren Mittelpunkt der heutige Polizeikommissar von Kaschan Dr. Klimm steht. Klimm, der nach dem Umsturz von der Oberfläche verschwand, tauchte dann einige Monate später als Direktor der Gesellschaft „Kontor-Slavia“ auf, die den Staatsamttern Konzessionen veräußerte. Klimm trat als Direktor dieser Gesellschaft mit der „Ausfuhr-Gesellschaft für den ferneren Osten“ in Verbindung und lieferte dieser Gesellschaft Konzessionen, die dann an das Regionalunternehmen „Centrotommi“ weiterverkauft wurden. Auf diese Weise lieferte die „Centrotommi“ äußerst teure Waren nach dem Orient und konnte daher auf seinen grünen Zweigen kommen. Anfangs ging das ganze Geschäft in bester Ordnung. Aber schließlich mußte die „Ausfuhr-Gesellschaft für den ferneren Osten“ Bankrott machen und auch die „Kontor-Slavia“ konnte sich dann nicht länger halten. Das Finanzministerium ließ damals bei der „Ausfuhr-Gesellschaft“ eine Revision vornehmen, wobei man darauf kam, daß Klimm als Direktor der „Kontor-Slavia“ von der „Ausfuhr-Gesellschaft“ große Provisionen bezog und ihr überdies die Ware teuer verkaufte. Daß sich Klimm Provisionen zahlen ließ, wurde im Laufe der Untersuchung von mehreren Mitgliedern, sowohl des Verwaltungsrates der „Ausfuhr-Gesellschaft“ als auch des der „Kontor-Slavia“ inwandsfrei bestätigt. Zu bemerken wäre noch, daß der Bankrott der „Ausfuhr-Gesellschaft“ den Staat ungefähr zehn Millionen Kronen kostete. Das „Oeste Slovo“ erklärt am Schlusse seiner Meldung, daß ein Mann wie Klimm, der solche Korruptions-

affären bereits hinter sich habe, nach seinem Urteile — den er vor kurzem angetreten hat — nicht mehr in den Staatsdienst zurückkehren dürfe.

Wilhelm als Kunstkenner. Einige Leipziger und Marburger Studenten, die vor kurzem Dösland durchstreifen und dort deutsche „Mythenspiele“ aufführten, hatten eine Einladung ins Haus Doorn erhalten. Bezeichnenderweise wurden die Studenten vorher vom „Dofmarschall“ instruiert. „Majestä!“ seiner hohen Stellung gemäß anzureden und eine recht, recht tiefe Verbeugung zu machen. Nachdem dies geschehen war, legte Wilhelm los: „Wie ziehen Sie denn Adam und Eva an? Wohl recht schrecklich, wie? Haben Sie ihnen eine Badeschale vorgeknüpft oder ein Feigenblatt angeklebt?“ Sie kennen doch von Goethe den „Faust“? Glauben Sie, daß ich schon einmal eine befriedigende Darstellung gesehen hätte? Sonderbar, daß gerade dieser große Geist so mißverstanden wird. Die Berliner Bühnen haben da noch nichts geleistet. Habe oft selbst die Absicht gehabt, den „Faust“ zu inszenieren. Leider fehlen mir meist die rechten Schauspieler. Nur wenn die Kunst in den erhabenen vaterländischen Traditionen wurzelt, kann sie wieder das Volk erheben. Denken Sie an Wildenbruch! Mit den modernen Kunstschaffenden, dem Schwindel, würde ich aufräumen. — Walter Bloem hält Wilhelm für sehr „bedeutend“, jedenfalls für bedeutender als Dohmel oder Hauptmann. Wilhelms Gattin machte nachher den Studenten das Geständnis: „Sie geht man geistig zugrunde.“ Dies erscheint bei dieser Umgebung nicht verwunderlich.

Fromme Teerpfinsel. Die Frauen von Athen sind aufs höchste beunruhigt durch das Wirken einer Gesellschaft von Männern, die sich die „Jeloten Christi“ nennen. Diese Frommen haben erklärt, daß sie umständlich gegen alles vorgehen werden, was sie „die Verderbnis der öffentlichen Sittlichkeit“ nennen. Für den Niedergang der Moral machen sie hauptsächlich die tiefen Kuschhüte und die nackten Arme der Frauenwelt verantwortlich. Sie greifen Frauen, deren Kleidung größere Teile des Körpers frei läßt, am helllichten Tage an und beschmieren ihnen Arme und Nacken mit Teer, besudeln auch ihre Kleider mit dieser unerfreulichen Flüssigkeit. Die „Jeloten“ lassen sich durch die Schlägerinnen nicht abhalten, in die sie mit den männlichen Begleitern der so behandelten Frauen geraten. Der Führer der Schar ist ein Schändler aus dem Piräus. Soade, daß der fromme Schändler und die ihm dienenden Teerpfinsel nicht schon zur Zeit der alten Griechen wirksam waren. „Schmutzfinken“ wie Phidias und Praxiteles hätten dann durch ihre Rudiitäten die öffentliche Sittlichkeit Athens unmöglich verderben und noch auf späte Jahrtausende verrotend einwirken können.

Sechs Minuten Sonnenschein in einer Woche. Wie in der „Umhau“ mitgeteilt wird, ergibt sich aus den Wetterberichten von Greenwich, daß London und seine nähere Umgebung im vergangenen November während sieben aufeinander folgender Tage nur sechs Minuten Sonnenschein hatte. Dieser Mangel an Sonnenschein zeigt sich in der Sterblichkeitsstatistik, die in der erwähnten Woche auf 133 pro Tausend anstieg. Aber dieses Fehlen des Sonnenscheins kostet außer Menschenleben auch riesige Summen. So hat man berechnet, daß ein einziger starker Nebeltag London zu Mehrausgaben von einer Million Pfund Sterling zwingt, die durch stärkere Beleuchtung, durch besondere Transportmittel, durch Wärme, Verlust an Löhnen und durch Verzögerungen verursacht werden.

Große Wirbelstürme in Amerika. Nach einer Radio-Meldung aus New York werden große Teile der Vereinigten Staaten von katastrophalen Wirbelstürmen heimgesucht, insbesondere die Staaten Minnesota, Norddakota und Wisconsin. Ein Wirbelsturm hat besonders den Norden von Norddakota zerstört. Die Stürme haben zahlreiche Opfer gefordert, ganze Häuser wurden umgerissen, Telegraphen- und Telephonlinien vollkommen zerstört. Auch zahlreiche Eisenbahnanschlüsse werden gemeldet. Es liegen nur wenige Einzelheiten vor, aber man nimmt an, daß die Zahl der Verwundeten 170 überschreitet und daß nicht weniger als 50 Tote zu verzeichnen sind.

Schlechte Ausichten des englischen Luftpostdienstes. Aus London wird gemeldet: Brigadegeneral Williams, der im britischen Postdienst eine leitende Stellung einnimmt, sprach sich in einer Rede vor der internationalen Luftschiffahrtkonferenz pessimistisch über die Ausichten des Luftpostdienstes aus, indem er betonte, daß das Publikum, obwohl die gegenwärtigen Verbindungen zwischen London-Paris-Brüssel-Köln-Amsterdam und Amsterdam gut funktionieren, die Luftpost beinahe gar nicht benütze. Die Entwicklung der Zivilluftfahrt hänge weniger von der Beförderung der Postsendungen ab, als davon, in welchem Maße Fahrgäste und Frachtsendungen befördert werden können; ferner hänge sie ab von Fragen der internationalen Verteidigung und der Verbesserung der Verbindungslinien innerhalb des britischen Reiches.

Verhaftung von Zugräubern. Davos meldet aus Düsseldorf: In Oppenheim wurden zwei deutsche Monteure verhaftet, die 400 Millionen Mark bei sich hatten. Es besteht der Verdacht, daß sie am 26. Juni den Überfall auf einen Zug in Mainz verübt haben.

Weitere Herabsetzung der Rindhöfchenpreise? Wie das „Prager Abendblatt“ meldet, verhandelt das Ministerium für Volksernährung mit der Verwaltung der Staatswälder über die Verbilligung der Preise für Esphenholz. Sobald diese Verhandlungen zu einem Resultate führen, wird sofort eine Enquete im Finanzministerium oder im Versorgungsministerium einberufen werden,

um über die weitere Herabsetzung der Zündholzpreise zu beraten. Auf alle Fälle geduldet das Versorgungsministerium auf dem Preise von 16 Heller pro Schachtel zu beharren.

Ein Privatdetektiv als Räuberhauptmann. Vor einiger Zeit wurde in Ungarn in Karpathenland die Kassa einer Kreditgesellschaft ausgeraubt. Einige Tage später wurde die Rotaritätslangen in Maf-Baba von denselben Räubern ausgeplündert. Nun gelang es endlich, die Räuber in dem ungarischen Staatsangehörigen Josef Brjstač und Geza Szlora aus Nitra sicherzustellen und festzunehmen. Bei der Untersuchung stellte es sich heraus, daß Szlora früher einmal Geheimpolizist in Jugoslawien gewesen ist und zur Verfolgung einer Räuberbande ausgeschickt worden war, die im Jahre 1919 bis 1921 in Sarajevo eine Reihe von Einbrüchen verübte und dabei 200.000 Dinar erbeutet haben. Szlora gelang es damals die Räuberbande zu überraschen, doch als diese ihm 30.000 Dinar auszahlte, schloß er sich ihr an und wurde ihr Hauptmann.

Die Folgen einer Verleumdung. In Prag hat sich dieser Tage ein schändlicher Rechtsfall ereignet. Ueber die Motive des Selbstmordes schreiben die „Lidove Roviny“: Der Rechtschöner S., dessen Selbstmord in Prager tschechischen Kreisen große Aufregung hervorgerufen hat, beschuldigte auf Grund von Verleumdungen einen der Minister der derzeitigen Regierung, daß er Ausfuhrbewilligungen für seine Verwandten in Anspruch habe, um ihnen einen Millionengewinn zu verschaffen. S. wiederholte seine Beschuldigungen im Kreise von Bekannten. Dies kam dem beschuldigten Minister zu Ohren, der sofort dem Ministerrat und den zuständigen Behörden davon Mitteilung machte. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet. Der Rechtschöner S. erschien sich aber, bevor es zu deren Ausfertigung kam. In einem von ihm hinterlassenen Briefe, der an den beschuldigten Minister adressiert ist, erklärt er, daß dieser die Verantwortung für den Selbstmord trage, wenn die Beschuldigungen auf Wahrheit beruhen. Er bittet ihn aber um Vergebung, wenn diese Beschuldigungen grundlos sein sollten. Der Rechtschöner S. stand, wie die „Lidove Roviny“ feststellen, in Verbindung mit den tschechischen „Not-Weichen“, in deren Organ er auch die durch nichts bewiesenen Beschuldigungen des Ministers veröffentlichte.

Todesstrafe eines jungen Mädchens. In Auzja kürzte sich die Prätisanin Josefina Ritschke von einem vorspringenden Felsen des Marienberges 40 Meter tief hinunter auf die Geleise der Staatsbahn. Der Tod trat sofort ein. Das Motiv des Selbstmordes ist unbekannt.

Ein Naturphänomen. Wie aus Kosteletz gemeldet wird, konnte man im dortigen Bezirk am Mittwoch ein seltenes Naturphänomen beobachten. Um 11 Uhr vormittags bildete sich um die Sonne ein großer Hof, der gelb und violett schimmerte und ungefähr 40 Minuten zu sehen war. Unter der Bevölkerung hat dieses Naturphänomen, das in dieser Gegend noch nicht beobachtet wurde, natürlich große Aufmerksamkeit hervorgerufen. Nach halb 12 Uhr verblaßte der farbige Hof und knapp vor dreiviertel war er vollständig verschwunden.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Freitag Gastspiel Chamlee „Rigoletto“; Samstag Abschied Alling „Frasquita“; Sonntag abends Woyak-Influß III, Gastspiel Fleischer—Zuzanne Jiska-Göhl „Don Juan“.

Kleine Bühne. Heute Freitag (30. Aufführung) und Sonntag nachmittags „Die kleine Sanderin“; Samstag und Sonntag abends Gastspiel Nabel Sanyata „Leonore“.

Zweiter Gastspielabend Mario Chamlee. „Traviata“ von Verdi, Neues Deutsches Theater.

27. Juni 1923.) Herr Chamlees Alfred oder Germond junior in Verdis „Traviata“ entspricht nicht ganz den Erwartungen, die man nach seiner Leistung als Dichter Rudolf in Puccinis „Boheme“ gehegt hatte. Eine leichte Indisposition hindert Chamlee an der mühelosen Entfaltung seiner hohen Töne, nötigte ihn oft zu starker nasaler Resonanz und ließ die gegenüber dem hohen Stimmregister matter ansprechende Mittellage schärfer als am Montag hervortreten. Trotzdem hatte Herr Chamlee Momente, die die Größe seiner Gesangskunst und die seltene Schönheit seiner Stimme eindringlich offenbarten und dem Sänger stürmische Beifallstundgebungen des nahezu ausverkauften Hauses eintrugen. Als Darsteller und Schauspieler erwies sich Chamlee in der Verdi-Oper lebendiger und überzeugender als in Puccinis „Boheme“. In Wanda Schünking hatte der gefeierte Gast eine Partnerin, die ihm zwar gesangskünstlerisch nicht ebenbürtig, aber dafür schauspielerisch und in der musikalischen Intelligenz und Begeisterung gleichwertig, wenn nicht sogar überlegen war. Schade, daß unsere Regie nichts dazu tut, das glänzende Gesellschaftsbild des ersten und dritten Aktes durch Haltung und Benehmen der beteiligten Personen (einige Solisten nicht ausgenommen) glaubwürdiger zu gestalten; unsere „Traviata“-Aufführung könnte dadurch zu einem Treffer im Opernrepertoire werden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Produktionskosten und Arbeitslohn.

Der Kapitalismus auf dem Kriegspfade.

Die Unternehmerverbände aller Länder sind zur Zeit mit Eifer darauf aus, gegenüber den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiterschaft das Schlagwort von der „Konkurrenzfähigkeit der Industrie“ zur Geltung zu bringen; angesichts der Notwendigkeit, diese Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhalten, müßten die Arbeiter ihre Ansprüche entsprechend herabschrauben.

Es ist aber nun sehr interessant, daß gegen diese Auffassung selbst aus Unternehmerkreisen Widerspruch erhoben wird: allerdings nur von einsichtigen Köpfen, denen die Gemeinwohlbedeutung einer engherzigen Ausbeuterpolitik längst klar geworden ist. So wendet sich Präsident Dr. Guggenheimer, einer der führenden reichsdeutschen Industriellen, im „Wiederaufbau“ gegen die neuerdings aufstrebende Unternehmerrhetorik, daß der Anteil der Löhne an den Produktionskosten ein viel höherer sei als vielfach angenommen würde. Der Wahrheit gemäß müsse vielmehr festgestellt werden, daß zum Beispiel die deutschen Löhne noch weit unter jenen des Auslandes sich bewegen, gleichviel, ob man die Berechnung auf der Basis des von der Reichsbank festgestellten Kurses der Goldmark vornimmt oder auf der Grundlage der Geldentwertung gegenüber den Auslandswerten.

Als Hauptursachen der in manchen Waren schon eintretenden Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie führt Dr. Guggenheimer u. a. an: die viel zu hohen Materialpreise, die erheblich verteuerten Kohlenpreise und die nicht genügend durchgearbeiteten und individualisierten Frachtsätze. Das Märchen vom außerordentlichen und stetig anwachsenden Anteil der Löhne an den Produktionskosten zerstört eine einfache Gegenüberstellung der Selbstkosten für den Diesel in Otor in den Jahren 1914 und 1923. Danach entfielen im Jahre 1914 auf das Material 30 Prozent, auf den Arbeitslohn 20 Prozent und auf den Unkostenzuschlag 50 Prozent des Herstellungspreises; heute entfallen auf das Material 60 Prozent, auf den Arbeitslohn 9 Prozent und auf den Unkostenzuschlag 31 Prozent. Diese Auseinandersetzungen sind natürlich auch für die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei

wesentlich: denn hier arbeitet ja das Unternehmertum mit den gleichen Argumenten wie anderswo. Interessant ist auch in diesem Zusammenhang eine Aufstellung der Westminster Gazette über die Kaufkraft englischer und deutscher Angelegenheiten. Danach arbeitet:

für den Gegenwert von	ein deutscher Angestellter	ein englischer Angestellter
1 Pfund Margarine	5 Stunden 20 Minuten	10 Minuten
1 Ei	30 Minuten	10 Minuten
1 Pfund Feinmehl	1 Stunde 20 Minuten	20 Minuten
1 Pfund Rindfleisch	4 1/2 Stunden 15 Minuten	15 Minuten
1 Stück Seife	45 Minuten	12 Minuten

Wobei noch ins Gewicht fällt, daß die dieser Berechnung zugrunde gelegten Preise durch den neuen Preisaufstieg in Deutschland bei weitem überholt sind.

Der Verlust der kommunistischen Gewerkschaften Rußlands. Nach dem russischen Gewerkschaftsorgan „Trud“ verloren die Verbände der Bergarbeiter, der Metallarbeiter, der Textilarbeiter, der chemischen Arbeiter, der Eisenbahner und der Buchdrucker zusammen 670.456 Mitglieder, das ist ein Viertel der Gesamtzahl im abgelaufenen Jahre, und ähnliche Verluste weisen nach derselben kommunistischen Quelle die anderen Gewerkschaften Rußlands auf. Als die österreichischen Gewerkschaften mitteilten, daß sie im Jahre 1922 infolge der in Oesterreich einsetzenden Wirtschaftskrise von 1.079.000 Mitgliedern 30.000, also nicht ganz drei Prozent, eingebüßt hätten, schrieb die Wiener „Neue Presse“, daß der Austritt der Dreihunderttausend die Luittung für das verräterische Vorgehen der Gewerkschaftsbürokratie sei. — Was bedeutet nun der Austritt der russischen Arbeiter aus den kommunistischen Gewerkschaften? Offenbar grenzenloses Vertrauen zur kommunistischen Führung.

Schwerer Rückgang der reichsdeutschen industriellen Beschäftigung. Die Beschäftigungslage der deutschen Industrie zeigt ein bisher noch nicht gesehenes düsteres Bild. Das Reichsarbeitsblatt veranstaltet allmonatlich Erhebungen bei einer großen Anzahl typischer Industriebetriebe. Jetzt liegen die Ergebnisse des Monats Mai vor. Daran ergibt sich eine rapide Verschlechterung der Beschäftigungslage von Monat zu Monat. Diese Verschlechterung datiert bereits seit Juli 1922. Von da ab sank die Ziffer der gut beschäftigten Betriebe regelmäßig, aber in langsamem Tempo. Seit dem Rückbruch der Franzosen und Belgier aber, der der deutschen Wirtschaft die schwersten Hindernisse in den Weg wälzte, hat sich das Tempo der Verschlechterung katastrophal beschleunigt. Auch die Entwertung der deutschen Mark, die dem Export eigentlich sehr zuzutun kommen müßte, hat in diesem Jahre so wenig wie im letzten Halbjahr, wie vorigen den Rückgang der Beschäftigung unserer Industrie bremsen können. Von den erfaßten Industriebetrieben waren beschäftigt:

	gut	befriedigend	schlecht
Jänner	32 %	42 %	26 %
Feber	27 %	42 %	31 %
März	20 %	30 %	50 %
April	15,8 %	30,5 %	53,5 %
Mai	14,6 %	29,9 %	55,4 %

Hochkonjunktur in der amerikanischen Eisenindustrie. Während der europäischen Kontinent unter vielfachen Produktions- und Absatzschwierigkeiten leidet, pulst in Amerika Hochbetrieb. Die Eisenindustrie, namentlich die Koks- und Stahlerzeugung, ist bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die Koksblöckerzeugung hat im Mai über vier Millionen Tonnen betragen. Das entspricht einer Jahresproduktion von 48,5 Millionen Tonnen. Das ist eine Rekordleistung. Die Belegung der Eisenindustrie ist nicht durch Aufträge vom Weltmarkt, sondern durch Aufträge der heimischen Industrie verursacht, die in bester

Blüte steht und hervorragend leistungsfähig ist. Die Arbeitslosigkeit ist ganz erheblich zusammengeschrumpft und beginnt einem teilweisen Arbeitermangel Platz zu machen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Wien	100 holl. Gulden	1303 00	1307 00
Berlin	10.000 Mark	2.060 00	2.560 00
Paris	100 belg. Franken	174.75 00	176.25 00
London	100 schweiz. Franken	501.35 00	503.75 00
New York	1 Pfund Sterling	153.12 50	154.82 50
Brüssel	100 Lire	149.25 00	150.75 00
Madrid	1 Dollar	33.25 00	33.85 00
Amsterdam	100 franz. Franken	204.75 00	206.25 00
Basel	100 Dinar	39.87 50	37.37 50
Genève	10.000 ungar. Kronen	39.00 00	41.00 00
London	10.000 poln. Mark	2.65 00	3.15 00
Wien	10.000 österr. Kronen	4.45 00	4.95 00

Prager Kurse am 28. Juni.

	Gold	Wagn
100 holl. Gulden	1303 00	1307 00
10.000 Mark	2.060 00	2.560 00
100 belg. Franken	174.75 00	176.25 00
100 schweiz. Franken	501.35 00	503.75 00
1 Pfund Sterling	153.12 50	154.82 50
100 Lire	149.25 00	150.75 00
1 Dollar	33.25 00	33.85 00
100 franz. Franken	204.75 00	206.25 00
100 Dinar	39.87 50	37.37 50
10.000 ungar. Kronen	39.00 00	41.00 00
10.000 poln. Mark	2.65 00	3.15 00
10.000 österr. Kronen	4.45 00	4.95 00

Züricher Schlusskurse am 28. Juni.

	Gold	Wagn
Paris	34.6 00	34.70 00
London	25.83 00	25.85 50
Berlin	0.60 36 00	0.60 39 00
Mailand	25.20 00	25.30 00
Holland	219.80	220.30
Wien	0.00 78 90	0.00 79 40
Basel	0.00 50	0.07 00
Brüssel	16.70 00	16.82 00
New York	5.61 00	5.61 75
Belgrad	6.20 00	6.25 00
Warschau	0.00 45 00	0.00 55 00

Aus der Partei.

„Der Hamburger Kongress.“ Ueber dieses Thema sprach am Mittwoch abends Senator Genosse Niehner im Warnsdorfer Vereinshaus vor einer gut besuchten Parteiverammlung. Der Redner entwarf zunächst ein Bild von der Entwicklung, den der internationale Gedanke genommen hat, wie er später feste Gestalt gewann, berichtete vom Aufbau der sozialistischen Internationalen, ihrem Werden und Vergehen und erklärte, daß wir als Sozialisten die Pflicht haben, aus den Mängeln und Fehlern zu lernen. Der Kriegsausbruch 1914 und die veränderte Haltung der sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern hat die Zweite Internationale gesprengt, doch der Gedanke, daß eine internationale Geschlossenheit für unseren Kampf eine unabwiesbare Notwendigkeit sei, ist lebendig geblieben und gerade die Wiener Arbeitsgemeinschaft hat stets im Sinne dieses Gedankens gearbeitet. Und so führte schließlich der Weg nach Hamburg. Das Werk von Hamburg ist kein vollkommenes, sondern als erster Schritt zu neuer gemeinsamer Arbeit zu werten. Redner schilderte auch die Versuche, die unternommen wurden, um eine proletarische Einheitsfront zustande zu bringen, doch sind all diese Bemühungen an der Quertreiberei der Bolschewiki gescheitert. Wenn auch unter den in der neuen Internationale zusammengeschlossenen Parteien noch Probleme schweben, so darf das kein Grund sein, den Zusammenschluß zu unterlassen, dieser war vielmehr notwendig, ja, vielleicht eine Vorbedingung für die Lösung dieser Probleme, zu denen auch unser Verhältnis zu den tschechischen Sozialdemokraten zu zählen ist. Redner hofft, daß das in Hamburg begonnene Werk der proletarischen Bewegung gute Früchte tragen möge. Den gediegenen Ausführungen des Genossen Niehner wurde reichlich Beifall zuteil.

Herausgeber: Dr. Ludw. Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Polka.

Oetker's Rezepte Ausrheiden!



Vanille-Eis

(einfaches, für 6 Personen)

- 1/2 Liter Milch
- 1 Päckchen Oetker's Vanillin-Zucker
- 3 Dotter
- 20 Deka Zucker
- 1 Kindereißel Oetker's Vanillin-Pudding oder feinstes Stärkemehl werden glatt verrührt, am Feuer bis zum Aufkochen gequirlt, beim ersten Aufwallen vom Herd genommen. Nach völligem Erkalten gibt man die Crème in die Gefrierbüchse und rührt bis zum festen Eis.

Herstellungskosten Kč 5.—

Vanille-Eis

(feines, für 12 Personen)

- 1/2 Liter Milch
- 1 Päckchen Oetker's Vanillin-Zucker
- 18 Deka Zucker
- 4-6 Dotter werden bis zum Aufkochen gesprudelt u. sodann vom Feuer genommen. Nach dem völligen Erkalten gibt man 1/2 Liter Schlagobers (Sahne) hinzu und rührt diese Crème in der Eismaschine bis zum festen Eis.

Herstellungskosten Kč 17.—

Wo verkehren wir?

Café Continental, 108 Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, 108 Prag-Kejzovna.

Gastwirtsch. Deutsches Vereinshaus Prag, Smečh 22 (Urania). 106

Gastwirtsch. „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Tägliche PRAG II., Hybernská Konzert Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Teplitz-Schönau. 1156

CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.

Registrierung: liefert Frau Hoffman: Standard Prag I. Varodni'ci 23a Telf. 5771

Billiger Befeststoff

Voccaccio, Anmutige Geschichten. Bäcker, Münchbäcker, Seidelfeld, Bräcker am Jacinto.

Sirenevel, Der Arbeiter. Tostoi, Volkserzählungen. Preis gebd. je 3 Kronen. Bücherverzeichnis kostenlos.

Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönau, Theresienstraße 18.

Ein Wanderbuch

für das Nicht- u. Erzgebirge, Zähl. Böhmisches Schweiß, Jechten, Her- u. Niesengebirge, Waldenburger u. Gailenberge, Glatzergebirge u. Gneisauer.

Mit vielen Wanderkarten in Leinwand gebunden. Preis, wenn mit Hinweis auf dieses Inserat bestellt wird nur 6.50 Kronen. Bücherverzeichnis kostenlos.

Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönau, Theresienstraße 18.



Überall

hört man sagen, daß der feinsten Teebuffer nun

VITELLO

Delikatess-Margarine gleich

1414

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.